

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: A. S. ...  
Sozialdemokrat, Prag II, ...  
Jahrespreis ...

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:  
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post  
monatlich . . . Kz 18.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährlich . . . 96.—  
jährlich . . . 192.—  
Abbestellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.  
Ersteinstellung mit Ausnahme des Montag täglich 1908.

3. Jahrgang.

Samstag, 4. August 1923.

Nr. 180.

## Was nun?

Die Hoffnungen, es werde England gelingen, Frankreich an den Verhandlungstisch zu bringen, sind gescheitert! Die Ruhr- und Reparationsfrage sind auf einem toten Geleise festgefahren und von ihrer Lösung scheinbar weiter entfernt als je. Der englische Ministerpräsident Baldwin mußte in seiner im Unterhause abgegebenen Erklärung feststellen, daß Frankreich und Belgien in ihren Antworten den von England ausgearbeiteten Entwurf einer Antwort auf das Angebot Deutschlands einer Erwähnung überhaupt nicht für nötig hielten. Darin liegt die Weigerung dieser beiden Staaten, an der Verantwortung der deutschen Note teilzunehmen. Klar zutage. Aber auch England wird, entgegen manchen Erwartungen, keine eigene Antwort geben. Baldwin mußte das Eingeständnis machen — das gleichzeitig ein Eingeständnis des englischen Mißerfolges ist — daß sich in der Ruhrfrage kein Ausweg zeige und die Reparationsfrage von einer Diskussion weit entfernt sei. Die Dinge stehen also weiter, als sie vor Monaten standen und schicksalsschwer hängt über Deutschland und über Europa die bange Frage: Was nun?

Es ist kein Zweifel, daß Herr Poincaré in dem diplomatischen Ränkepiel, dessen Opfer das deutsche Volk und Reich sind, Sieger geblieben und England eine schwere Niederlage erlitten hat. Die vernichtende Kritik, die vorgetrieben im englischen Unterhause an Baldwin's Rede gehalten wurde, ist nur zu berechtigt, denn die Regierung mußte bekennen, daß sie nun selbst nicht wisse, was zu tun sei. Es ist kein Beweis für Ziellosigkeit, wenn die englische Regierung nicht schon vor Absendung ihres Antwortentwurfes an Frankreich und Belgien sich klar darüber war, was ihr an Möglichkeiten des Handelns offen bleibt, im Falle Frankreich und Belgien ihre Verschleppungsstaktik fortsetzen und keine Geneigtheit zu Verhandlungen zeigen. England sah sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung des Landes gezwungen, die Initiative zu ergreifen, um das in Mitteleuropa drohende Chaos abzuwenden. Nun aber, da Poincaré sich starrsinnig und unnahelbar zeigt, ergibt sich die englische Regierung in den vom französischen Imperialismus bestimmten Lauf der Welt und legt das Kennzeichen der Ohnmacht ab. Die Regierung will, vorbehaltlich der Genehmigung der Alliierten, die zwischen den verbündeten Regierungen ausgetauschten Schriftstücke veröffentlichten, die den Nachweis führen sollen, daß England im Recht, Frankreich dagegen der Störenfried sei, eine Tatsache, die nicht erst des dokumentarischen Nachweises bedarf. Aber darüber hinaus, geschieht so gut wie nichts. Während sich die „verbündeten“ Diplomaten zanken, mag indessen Deutschland zugrunde gehen und Mitteleuropa mit in den Abgrund reißen!

Poincaré hat seinen Willen, die friedliche Lösung der Ruhrkonfliktes zu verhindern, durchgesetzt. Dennoch wird naturgemäß einmal der Tag kommen, wo ihm nicht nur das französische Volk, sondern auch die kleinen Staaten, die als Vasallen Frankreichs seinen Trost bilden, fluchen werden. Die Tschechoslowakei, deren Politik Herr Dr. Beneš mit jener des französischen Imperialismus verbindet, wird dabei nicht fehlen. Schon jetzt werden sich die Folgen der Politik, welche Beneš mit seinen Sympathien und „Informationen“ begleitet, mit verstärkter Wucht an der Wirtschaft des Staates fühlbar machen. Die Hoffnungslosigkeit, den Frieden in Europa herzustellen, wie sie jetzt nach den starrsinnigen Antworten Frankreichs und Belgiens sich zeigt, wird einen neuen Rückschlag auch auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse ausüben, neue Massen von Arbeitslosen schaffen, die Krise verschärfen. Wie wird es erst werden, wenn Herr Poincarés Königsgedanke, das verhasste Deutschland zu ruinieren, Erfüllung finden sollte! Neben Poincaré wird auch Herr Dr. Beneš der Verantwortung für das, was

## Der Inhalt der französischen Note.

Frankreich ist von Deutschlands Böswilligkeit überzeugt. — Starres Festhalten am Friedensvertrage. — Räumung des Ruhrgebiets nur gegen effektive Zahlungen.

Paris, 2. August. (Havas). In der am 30. Juli dem Minister Curzon überreichten Antwort Frankreichs erklärt die französische Regierung, sie sei bereit, mit England die deutschen Vorschläge vom 7. Juni zu prüfen, müsse aber darauf aufmerksam machen, daß in diesen Vorschlägen nicht die Verpflichtung, den passiven Widerstand einzustellen, enthalten ist. Die Antwort Frankreichs betont, daß Frankreich durch die Besetzung des Ruhrgebietes nichts anderes erreichen wollte, als daß sich endlich in Deutschland der gute Wille, die Reparationsschuld zu bezahlen, äußere. Es wird sodann daran erinnert, daß alle Ratschläge der Verbündeten, Deutschland möge sein Möglichstes tun, damit es seinen Kredit wiederherstelle, seine Währung stabilisiere und das Budget ins Gleichgewicht bringe, vergeblich und ergebnislos waren. Die Note behauptet weiters, Deutschland sei allein an seinem gegenwärtigen Ruinschuld (!!) und spricht den Wunsch aus, der amerikanische Delegierte möge sich mehr und häufiger an den Beratungen der Reparationskommission beteiligen. Bezüglich der Konferenz unparteiischer Sachverständiger stellt die französische Regierung an England die Frage, welche Garantien

für Gerechtigkeit und guten Willen eine derartige Konferenz bieten könnte, Garantien, welche die für die Reparationskommission im Friedensvertrage enthaltenen übertreffen würden. Welche Autorität, welche Macht und was für höhere Rechte besäße diese neue Konferenz und in welcher Weise würde sie sich in Berlin mehr Gehör verschaffen. Bezüglich des englischen Vorschlages, daß von den Alliierten ein vollkommener Plan für eine finanzielle, endgültige und allgemeine Regelung ausgearbeitet werde, erinnert die Regierung daran, daß dieser Plan bereits besteht und daß die Reparationskommission alle Macht, ihn zur Geltung zu bringen, besitzt. Wäre es nicht schon gegen den Friedensvertrag, wenn man das Prinzip der Regelung und Festsetzung der Beiträge verletzen würde? Was verheißt England unter einer allgemeinen und endgültigen Regelung? Wäre die Frage der interalliierten Schulden in dieser Regelung unberücksichtigt? Endlich könne nur wiederholt werden, daß Frankreich und Belgien das Ruhrgebiet nur gegen effektive Zahlungen Deutschlands und im Verhältnis zu diesen räumen werden.

## Beratungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Eine scharfe Entschliebung gegen Cuno. — Kein Anlaß zur Teilnahme an einer Koalitionsregierung.

Berlin, 3. August. (Eigenbericht.) In zweitägigen Verhandlungen hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu der inneren und äußeren Lage Deutschlands Stellung genommen; von allen Rednern wurden schnellst wirksame Maßnahmen gegen den Währungsverfall, die furchtbare Teuerung und die drohende Erschwerung der Lebensmittelversorgung gefordert. Als das dringendste Gebot der Stunde wurde die restlose Durchsetzung der finanzpolitischen Maßnahmen gefordert. Das Ergebnis der Fraktionsberatungen ist in einer Resolution fest niedergelegt, die mit großer Mehrheit angenommen wurde und ausführt, daß der drohende Zusammenbruch die Folge der Passivität der Reichsregierung auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet sowie ihre Schwäche gegenüber dem Widerstand der bürgerlichen Interessengruppen und der reaktionären nationalen Bewegung sei. Die Fraktion verurteilt die Sabotageakte im Ruhrgebiet und fordert von der Regierung die größte außenpolitische Aktivität, um zur endgültigen Verständigung über das Reparationsproblem zu gelangen und die Erfüllung der von der Sozialdemokratie unterbreiteten finanziellen und währungspolitischen Forderungen; es müsse der Umbau des deutschen Steuersystems folgen und die Ausbringung der Reparationslasten durch die Belastung des Sachbesitzes gesichert werden. Zum Schluß der Resolution heißt es, daß die Partei von dem Ergebnis der diesbezüglichen Anstrengungen ihre weitere politische Haltung gegenüber der Regierung Cuno abhängig mache.

Abgelehnt wurde eine Resolution Quessel-Levi-Rosenfeld, die dem Kabinett Cuno das Mißtrauen aussprechen will. Auch eine Resolution Hoch ähnlichen Inhaltes wurde abgelehnt. Die Abstimmung hat also ergeben, daß die große Mehrheit der anwesenden 120 Fraktionsmitglieder zur Zeit keinen Anlaß sieht, über die Frage der Koalitionspolitik eine Entscheidung herbeizuführen; vielmehr soll die Fraktion ihre ganze Kraft einsetzen, daß die Nation gehemmt wird, unter der die Arbeiterschaft und der Mittelstand so ungeheuer leidet. Abgelehnt wurde ein Antrag Crispian, der vom Parteivorstand verlangte, daß vor einem endgültigen Beschluß der Fraktion über die große Koalition ein außerordentlicher Parteitag einberufen sei. Ein Antrag Levi, zur Weimarer Tagung Stellung zu nehmen, wurde auf Wunsch des Antragstellers vertagt.

kommen wird, nicht entgegen können. Heute ist jeder Zweifel darüber ausgeschlossen, daß Frankreich das Ruhrgebiet nicht zu dem Zweck besetzte, um Reparationen zu erzwingen, sondern um in den Besitz seiner Kohlengruben und Metallschätze zu gelangen, Handel und Industrie Deutschlands zu vernichten. Damit verbindet es die andere Absicht, England einen furchtbaren Schlag durch die Zerstörung seines wichtigsten Marktes zu versetzen. Englands Wirtschaft leidet schon jetzt ungeheuer unter den Folgen der wirtschaftlichen Zerrüttung Deutschlands. Wenn hier erst das von Poincaré erstrebte Chaos einträte, wäre dies auch für England verhängnisvoll. Der französische Imperialismus geht bewußt darauf aus, die Jahrhunderte alte Feindschaft zwischen England und Frankreich in bare Münze umzusetzen und betreibt mit der Zerstörung Deutschlands zugleich die Einkreisung und Droßelung des englischen Wirtschaftslebens. Heute weiß

die englische Regierung nichts dagegen zu tun. Aber der Fortgang der Entwicklung wird in absehbarer Zeit wenigstens eines bewirken müssen: die Aufklärung des grotesken Verhältnisses, das sich unter unerhörter Falschmeldung „französisch-englische Freundschaft“ nennt. Frankreich wird später einmal erkennen, auf welche verhängnisvolle Bahnen es der neue Napoleonismus führte, der den wirklichen Frieden verhindert und Europa der schwersten Unruhe entgegenreibt. Dann werden auch die Völker der Staaten, aus denen Poincaré Rekrutenbepois für den französischen Militarismus zu machen verstand, die Kosten der Verherrlichung Europas mitzubehalten haben. Es steht trostlos aus. Der Wahnsinn triumphiert. Es bleibt nichts als die Hoffnung, daß es dem deutschen Volke aus eigener Kraft gelingt, das Furchtbare, den Zusammenbruch, zu verhindern.

## Zensurirerinn.

Dem Staatsanwalt hat es beliebt, die gestrige Ausgabe unseres Blattes zu konfiszieren. Er hat gründliche Arbeit getan. Er schmückte die erste Seite unseres Blattes mit einem riesigen weißen Fleck, dem Fleck, der das Symbol der tschechoslowakischen Pressefreiheit ist. Der Leitartikel ist ihm von der ersten bis zur letzten Zeile zum Opfer gefallen, nur den Titel: „Trinksprüche“ ließ er in Gnaden stehen. Die Staatsanwälte der, mit Respekt zu sagen, demokratischen Republik, haben sich schon in der Schändung der Meinungsfreiheit manches geleistet, die vorliegende Leistung des Bürokraten, der mit der Ueberwachung der Presse betraut wurde, ist wohl aber doch das Höchste. Da jedes Wort unseres Artikels konfisziert wurde, wissen unsere Leser nicht einmal, worum es sich handelt und was den Inhalt des angeblich staatsgefährlichen Artikels bildet. Im alten Oesterreich, das doch wahrlich auch kein Ausbund an Freiheit war, bestand wenigstens die Möglichkeit, im Abgeordnetenhaus durch die Immunität konfiszierter Artikel der ärgsten Willkür des Zensors sich zu erwehren. Das ist in der tschechoslowakischen Demokratie so gut wie unmöglich geworden, denn Interpellationen über Konfiskation von Druckschriften, welche den konfiszierten Inhalt beigebrucht enthalten, unterliegen der Zensur des Präsidiums der betreffenden Kammer. Die Praxis dieser Präsidien macht den konfiszierenden Staatsanwälten, wader die Wauer: entweder verschleppen sie die Beisetzungsfrage über die Genehmigung der Interpellation monatelang, oder sie verhindern deren Drucklegung, wodurch die Interpellationen nicht „Gegenstand der Verhandlungen des Hauses“ werden und daher auch nicht unter den Schutz der Immunität kommen. Wohl steht der konfiszierten Zeitung das Recht zu, Einspruch zu erheben, aber welchen Wert dies hat, dafür hat wohl jede Zeitung hinlänglich traurige Erfahrungen. So bestehen für die Zensur so gut wie keine Hemmungen und jeder Bürokrat und Aktenstecher, der von geistiger Arbeit so gut wie keine Ahnung hat, darf sich für berufen und berechtigt halten, das geistige Eigentum anderer mit dem sinnlos wütenden Notstift auszutilgen.

Dennoch ist in der Reihe willkürlicher Konfiskation die gestrige ein besonders drabster Uebergriff. Der französische Generalstabchef der tschechoslowakischen Armee, Mittelhauser, und der Minister für nationale Verteidigung, Udrzal, haben bei der fünfzigsten Geburtstagfeier des ersten Trinksprüches ausgedrückt, die wir zum Gegenstand der Besprechung gemacht haben. Man halte sich vor Augen: die beiden Herren halten — nicht etwa in offizieller Eigenschaft, sondern als Privatmänner — eine private Feier und in mehr oder minder weiniger Laune halten sie Trinksprüche. Trinksprüche sind, wie schon der Name besagt, keine mit ihrem Amte verbundene Handlung, sondern stellen eine Privatvergügen der betreffenden Herren dar. Dennoch maß sich der Zensor an, die Kritik dieser, bei gutem Essen und reichlichem Wein gehaltenen Tischreden zu konfiszieren! Aber die Sache geht noch weiter: der Herr Generalstabchef ist Franzose, und fordert in seinem Trinkspruch, die Tschechoslowakei möge nur recht flott weiterkriegen. Ihm als Ausländer ist dies erlaubt, wenn aber ein tschechoslowakischer Staatsbürger den beim fröhlichen privaten Wohl gehaltenen Trinkspruch und den darin enthaltenen Rat bedenklich findet und kritisiert, hängt ihm der Staatsanwalt einen Maulkorb an!

Ludwig Börne fragt einmal, was die Freiheit der Presse ist, und er antwortet darauf: „Die Erlaubnis, außerhalb der Festungsmauern spazierenzugehen.“ Lebte Börne heute in der Tschechoslowakei und sähe hier das Treiben des Zensors, er müßte finden, daß die Pressefreiheit bestenfalls die Erlaubnis bedeutet, innerhalb der Festungsmauern sich ergehen zu dürfen. Wir haben es herrlich

weit gebracht: in dem Jenseitswahn, wie er sich hier auslebt, liegt wahrhaftig nicht mehr Methode! Sie ist nurmehr blanke Dummheit!

Was Mittelhauser und Udrjal sagten.

Udrjal an Mittelhauser:

Herr General! In den nächsten Tagen feiern Sie in voller Manneskraft und Frische Ihren 50. Geburtstag. Da ich meine Abreise auf Urlaub nicht weiter verlegen kann...

Herr General! — Wir bilden mit freudigem Dank auf das große Werk, das Sie unter sehr schwierigen Bedingungen ausgeführt haben und noch ständig für die Organisation unserer Armee...

Ich hatte nicht nur schon einmal Gelegenheiten, hervorzubringen, daß wir unbedingt den Anschluß an die französische militärische Doktrin brauchen...

Herr General! Sie haben mit Ihrer Tätigkeit bei uns einen großen Dienst erwiesen, nicht nur für unsere Heimat, sondern auch für das vaterländische und edle Frankreich...

Mittelhauser an Udrjal:

Herr Minister! Eine bedeutsame Seite Ihrer Ministerarbeit bleibt die mächtige Verantwortung, die Sie der Entwicklung des Militärflugwesens haben...

Sie sind, Herr Minister, der erste Soldat der tschechoslowakischen Luftschiffahrt!

Ich spreche den Wunsch aus, daß die bevorstehende Reise des Staatschefs nach Frankreich zwei Demokratien (!) noch näher bringt...

Versteckte Getreidezölle?

Zeit Jahr und Tag gilt das Streben der agrarischen Kreise der Wiedereinführung von Getreidezöllen. Die Getreidezölle, die bis zum Ausbruch des Krieges in Oesterreich...

Bethlen schüttelt die Radikalen ab.

Austritt Gömbös und seines Anhanges aus der Regierungspartei. — Standrecht gegen den rechtsradikalen Lokomotivführerkreis.

Budapest, 2. August. Heute nachmittags wurde eine interparteiliche Konferenz abgehalten, in der Ministerpräsident Graf Bethlen...

Die Nationalversammlung setzte heute die Debatte über die Indemnitätsvorlage fort. Mehrere Abgeordnete der Opposition nahmen neuerlich gegen die Aufnahme einiger neuer Paragraphen...

Abg. Gömbös unterbreitete den Beschlusstrag, worin das seiner Auffassung nach zu befolgende Parteiprogramm dargelegt wird. Seiner Überzeugung nach habe die Regierung dieses Programm nicht eingehalten...

Infolge dieses Beschlusses sind Abg. Gömbös und sieben Abgeordnete des äußersten rechten Flügels der Einheitspartei aus dem Parteiverbande ausgetreten.

Der Streit breitet sich aus.

Wien, 3. August. (Eigenbericht.) Aus Budapest wurden heute nur einige Notzüge abgelassen, die von Mitgliedern des sogenannten Nationalklubdelationens, d. h. von Streikbrechern, geführt wurden...

Zum Schutze der Budapest Bahnhöfe und der auf der Strecke stehenden Züge wurde Polizei und Militär aufgeboten; in der Nähe von Budapest wurden einige Lokalzüge mit Steinen beworfen...

scheint die Bewegung auch auf andere Arbeitergruppen überzugreifen. So haben die Straßenbahner heute eine Massenabordnung zur Direktion entsandt...

In den Straßen von Budapest wurde eine Flugchrift verteilt, die vom Verein der Erwachenden Ungarn und von der Offiziersvereinigung „Moba“ unterschrieben ist...

turgemäß bewirkt hätte, daß die Bevölkerung den Hungerriemen noch enger hätte schnüren müssen. Als das Getreide staatlich betriebswirtschaftet wurde...

Vorgestern erschien nämlich eine vom Finanzminister in Vertretung des Handelsministers un-

terzeichnete Verordnung, welche auf den ersten Blick unschuldig aussieht, in Wirklichkeit aber für die gesamte Bevölkerung, insbesondere für die Arbeiter...

Auf Grund des Beschlusses des Ministerrates wird vorübergehend die Einfuhr von Getreide und Wehl (Tar. V. 23, 24, 25, 26, 26) aus dem Anmeldeverfahren ausgeschlossen...

Die Rundmachung tritt mit dem Tage ihrer Verlautbarung in Kraft.

Bisher war es so: Getreide wurde ungefähr seit einem Jahr überhaupt nicht mehr eingeführt, umfomehr aber Wehl. Die Zollposition für Wehl besand sich bis nun im Anmeldeverfahren...

Inland.

Die deutschnationalen Kaufleute. Als der Parlamentarische Verband der Deutschbürgerlichen und damit auch ihre gebrechliche Einheitsfront in Trümmern ging, war es uns klar, daß sich die Herrschaften, die da, förmlich anschießend an den letzten biedereren Händedruck...

„Was schadet es? Ist das Ziel nicht hoch und schön? Wie kann der Weg unangenehm sein?“

„Wenn wir es nur erreichen!“

„Gewiß erreichen wir es. Aber hast du jetzt schon müde Füße?“

„Das nicht. Aber es führen so viele Wege nach oben. Nach allen Seiten reden sich die Aeste. Welchen wählen wir?“

„Den längsten. Den, der am höchsten hinaufreicht. Denn dort sind wir der Sonne am nächsten und kein Schatten verdunkelt ihr Licht.“

„Ich ziehe einen kürzeren Weg vor. Auch er führt hinauf in die Höhe. Und ich sehe nicht ein, warum ich mich unnötig anstrengen soll!“

„Und da die beiden Raupen sich nicht einigen konnten, trennten sie sich und wählten verschiedene Wege.“

Die eine strebte mit allen Kräften dem Wipfel zu; die zweite begab sich auf einen Nebenast, der schon die ersten kleinen Blattknospen trieb. Bereits am folgenden Tage hatte sie die Spitze erreicht...

Und nun, da es dunkel zu werden begann, erstand ein bisher ungelanntes Gefühl in ihr: der Leib forderte Nahrung. Ihr Blick wanderte suchend umher: kein Blättchen, keine Knospe grünte in ihrer Nähe...

Ihre Gefährtin hatte inzwischen längst die beiden ersten Blättchen verzehrt, sich umgewendet und begann nun, einen Zweig nach dem andern abzugrasen. Sie vergaß darüber die Sonne und alles Licht, richtete ihren Blick nur

noch auf die fastigsten Blätter und ward wählerisch in der Speise. Denn mit jedem Tag entdeckte sie neue, reiche Weidgründe. Sie wurde fett und fetter, und als ihr das Buchensaub nicht mehr zusagte...

An einem Abend gelangte sie mit ihrem dicken Leibe an den Fuß der Buche und war gerade dabei, sich ein behagliches Schlafplätzchen zu suchen, als ein Sturm in den Wipfeln zu rauschen begann...

Da erkannte sie ihre Gefährtin, schüttelte strafend den Kopf und sagte: „Wie mager du bist! Und es ist doch, weiß Gott, genug zu fressen da. Aber das kommt von deiner törichten Verstecktheit...“

Aber die andere tat es nicht. Sie antwortete nicht einmal. Denn sie war längst verhungert. Und erst der Sturm hatte ihre Leiche vom Lichte losgerissen.

Die beiden Raupen.

Von Ernst Preegang.

Es waren einmal zwei Raupen, Kinder aus der Familie der Spinner, Porthesia mit Namen oder auch Goldaster, wenn sie das höhere Lebensstadium des Schmetterlings erreicht haben...

Von dieser Art also waren die beiden Raupen. In dem weichen, zusammengewollten Blatt einer Buche hatten sie gemeinsam überwintert, bis der erste warme Sonnenstrahl des Frühlings ihr Versteck traf...

„Wo hin?“ fragte die erste. „Zur Sonne,“ erwiderte die zweite. „Es wird eine beschwerliche Reise werden.“

derum zu einer großen politischen Entscheidung aufgerufen würde, zur Entscheidung für die Sozialdemokratie oder für die reaktionäre Politik des Bürgertums, in der dieses trotz aller Gegenläufe stets einig war. Nun naht diese Entscheidung, die Gemeindevahlen stehen vor der Tür — und schon beständig die Entwicklung unserer Voraussetzungen: Demokratische und Agrarier, Gelbe, „Demokraten“ und „Merikale“ liquidieren den Kampf untereinander und blasen zur Einheitsfront gegen die deutsche Sozialdemokratie. Possierlich ist dabei die Tatsache, daß die Deutschen nationale, die vor etwa einem Jahre erst den bürgerlich-nationalen Verband mit wuchtiger Teufelstanz zertrümmert, jetzt die lautesten Anführer nach der Einigung sind. In der „Sudetendeutschen Tageszeitung“ versuchen sie auf das in sieben Parteien zersplitterte deutsche Bürgertum die eigene Angst vor den Wahlen durch die Mitteilung zu übertragen, daß im vorigen Jahre mit Macht an der Vorbereitung (der Wahlen. D. Red.) gearbeitet wird. Die Angst vor der Abrechnung mit der deutschnationalen Schwindelpolitik treibt die Helden des Herrn Lohmann also unter die Fittiche der Verbandspolitik zurück:

„Im allgemeinen darf wohl gesagt werden, daß die gegenwärtige Lage dazu geschaffen ist, die ganze Kraft gegen die Internationale ins Treffen zu stellen, da von dieser Seite, gleich wie von unseren nationalen Gegnern, die größte Gefahr droht, wie ja die letzte Wahlperiode mit wenigen Ausnahmen klar und klar bewiesen hat. Die nächsten Wochen werden uns weitere Aufschlüsse bringen über das Vorgehen der deutschen Parteien und es bleibt nur zu hoffen, daß alle diese aus den Geschicknissen der letzten vier Jahre gelernt und den Feind erkannt haben, der uns droht und gegen den allein der Kampf geführt werden muß, wenn wir nicht in der Zerschmetterung unterliegen wollen.“

Daß die Deutschen und Halenkreuzler, die Nachfahren der bankrott gewordenen Deutschradikalen, „aus den Geschicknissen der letzten vier Jahre gelernt“ haben sollten, wird auch der argste Dummkopf bezweifeln. Sie haben überhaupt nichts hinzulernt. Aber etwas schwach auf der Brust sind sie vom vielen Heilschreien geworden und da sie sich nun vor den Wahlen, vor den Sozialdemokraten fürchten, suchen sie die Zerschmetterten wieder unter einem einheitlichen Kommando zu sammeln. Aber die sozialistische Arbeiterkraft wird mit den Gauleitern fertig werden, auch wenn sie sich jetzt, wie ja erwartet, wieder samt und sonders zusammenschließen.

Der **Galgen-Schöllich** hat, seitdem er sich diesen Titel erworben, ein wenig die Sprache verloren, die er sonst so frech malträtiert. Sein Blatt, der „Volkswacht“, windet sich wie ein Salamander um die unerhörte Drohung mit dem Galgen für die Sozialisten und Republikaner Deutschlands wieder gutzumachen. Nicht die Arbeiter „mögen ausgehängt werden“, sondern die „Erfüllungspolitik“ und „Novemberverbrecher“. Ja, wer sind denn diese? Die Träger der Erfüllungspolitik sind Sozialdemokraten und Republikaner und die Novemberverbrecher sind doch ohne Zweifel alle Revolutionäre, Sozialdemokraten und Kommunisten. Ihnen also will der Galgen-Schöllich das „Atmen rasch abgewöhnen“. Wir glauben dem Nordheker, daß er zunächst an die Führer denkt, daß ihn die reuigen Lorbeer der Mörder Eisners und Liebknechts, Haases, Rathenau und Erzbergers nicht schlafen lassen. Aber zu den Erfüllungspolitikern und Novemberrevolutionären zählt der überwiegende Teil der gesamten deutschen Arbeiterschaft, so daß also die „lustigen Höhen“ des Galgen-Schöllich ihnen allen gelten, mag er sich nun drehen und wenden so viel er will. Darum werden auch die deutschen Arbeiter in der Tschechoslowakischen Republik auf ihrem Kampfboden dem erzreaktionären, mordwürdigen Konterrevolutionär mit aller Kraft entgegenzutreten, falls er noch weiter aufzumucken wagen sollte. Mit dem Galgen-Schöllich werden wir fertig werden.

Die **„Selbständigkeit“** der Gelben. Vor einigen Tagen erklärte der Duxer „Tag“ mit dem den Gelben angeborenen Stolz, daß sie, die Unternehmern, bei den kommenden Wahlen selbstständig kandidieren werden. „Die „bürgerlichen“ Parteien sollen sich nur ja nicht einfallen lassen“, — so hieß es im „Tag“ vom 19. Juli — „bei dieser Spekulation (nämlich mit der Einheitsfront, d. Red.) etwa mit den Nationalsozialisten zu rechnen.“ Unser Gelächter damals war ziemlich kräftig. Nun aber spottet noch viel kräftiger das Antisch-Blatt seiner selbst, indem es in seiner Freitag-Nummer mitteilt, daß die österreichischen Nationalsozialisten bereits die „Kompromißvorschläge“ der Großdeutschen Volkspartei für die Neuwahlen beraten. Die „Zöpfung einer antinationalistischen, antinationalen Einheitsfront“ sei notwendig, die „nichtnationalistische Wählerkraft“ wünsche dies. Also werden in Österreich die Gelben wieder schon beisammen sein mit Großdeutschen und Christlichsozialen. Das war nicht anders zu erwarten. Wir sind aber überzeugt, daß die Gelben auch hierzulande ihre Einheitsfronten mit den „Bürgerlichen“ stellen werden, falls diese es sich „einfallen lassen“. wiederum gut gespielt Fanghunde gegen die Sozialdemokratie loszulassen.

**Vertagung des englischen Unterhauses.**  
London, 3. August. (Havas.) Das Parlament hat sich bis zum 13. November vertagt.

# Präsident Harding gestorben.

Schlaganfall als Todesursache.

San Francisco, 3. August. (Havas.) Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika Harding ist gestern um 19 Uhr gestorben. Der Tod des Präsidenten Harding ist ohne vorangegangene Anzeichen eingetreten, während er sich mit seinen Familienangehörigen unterhielt. Die Ärzte nehmen Schlaganfall als Todesursache an.

Warren Gamaliel Harding, der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, der, auf einer Reise nach Alaska begriffen, in Californien an einer Vergiftung, zu der sich eine Lungenentzündung gesellte, erkrankt ist, ist nun in San Francisco, wohin man den Erkrankten gebracht hatte, gestorben. Harding war im wahrsten Sinne des Wortes ein Selbstmörder. Er wurde am 2. November 1865 in einem kleinen Orte im Staate Ohio geboren, wo er das Typographenhandwerk erlernte. Aus dem Buchdrucker wurde bald ein Redakteur und — schon mit neunzehn Jahren — Zeitungsbesitzer. Als Journalist gewann er bald politische Bedeutung und wurde 1890 für seinen Heimatstaat Ohio, dessen stellvertretender Gouverneur er bald wurde, zum Senator gewählt. Er gehörte der einen der beiden großen kapitalistischen Parteien der Vereinigten Staaten, und zwar der republikanischen an, in welcher er den konservativen rechten Flügel vertrat. Bei den letzten amerikanischen Präsidentschaftswahlen, am 3. November 1920, wurde er mit einer gewaltigen Mehrheit zum Präsidenten gewählt — er erhielt über 16 Millionen Stimmen, während sein demokratischer Gegenkandidat nur sieben Millionen erhielt — und trat sein Amt am 4. März 1921 an.

Sein Sieg war die Folge der elementaren Unzufriedenheit mit der Politik seines der demokratischen Partei angehörigen Vorgängers Woodrow Wilson gewesen, die breite Kreise des amerikanischen Volkes erfaßt hatte. Diese Unzufriedenheit hatte ihren Grund sowohl in der auswärts als auch in der inneren Politik Wilsons. Unter Wilsons Führung war das amerikanische Volk in den Krieg gegangen, um in Europa eine neue Ordnung der Freiheit und des Rechtes aufzurichten. In den Friedensverhandlungen in Versailles war jedoch der wissenschaftlich zwar hochgebildet, aber politisch naiv und mit den europäischen Verhältnissen wenig vertraute ehemalige Universitätsprofessor der Diplomatie des zähen und energischen Clemenceau unterlegen, statt des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen gab es nationale Unterdrückung in Europa und auch der von Wilson angestrebte Völkerbund, der die Garantie des europäischen Friedens sein sollte, erblickte in verzerrier Form das Licht der Welt. So wurde das amerikanische Volk von einer tiefen Verbitterung gegenüber allen europäischen Problemen ergriffen und das Schlagwort der republikanischen Partei von der Reineinmischung Amerikas in die europäische Politik erlangte große Popularität. Aber auch die innere Politik, in der sich Wilson gewissen Einflüssen gegenüber so schwach zeigte wie gegenüber dem französischen Imperialismus in Versailles, war die Ursache der demokratischen Niederlage im Jahre 1920. Der Haß der amerikanischen Arbeiter, der sich auf den Generalstaatsanwalt Palmer durch dessen brutale Völserei- und Spitzelwirtschaft während Wilsons Präsidentschaft konzentrierte, traf auch Wilson, so daß hunderttausende von Arbeitern, die noch nicht zur Erkenntnis des Sozialismus gelangt sind und da-

her für den sozialistischen Kandidaten nicht stimmten, ihre Stimme nicht dem Demokraten, sondern Harding gaben. Daß sie in dieser Beziehung entschloffen wurden, wird hoffentlich für die Verbreitung des Sozialismus in Amerika ein Ansporn sein.

In der Botschaft, die der neue Präsident bei der Einführung in sein Amt erließ, legte er das Hauptgewicht auf die Rückkehr zu normalen Zuständen im amerikanischen Leben, auf den Abbau der Kriegswirtschaft und der Kriegspolitik. Seine Botschaft war eine energische Abgabe an die von Wilson betriebene Bündnispolitik und trat für den formellen Friedensabluß mit Deutschland ein, der sich bis dahin verzögert hatte. Aber Harding war auch der bewußte Vertreter des amerikanischen Kapitals und setzte sich in seiner Botschaft für den Hochschuß ein, um den amerikanischen Markt für das amerikanische Kapital zu monopolisieren, das amerikanische Kapital unabhängig zu machen vom europäischen Wirtschaftschicksal, um mit aller Kraft die Wirtschaftskrise, die zur Zeit seiner Wahl in Amerika immer mehr um sich griff, zu lindern und die Möglichkeit einer neuen industriellen Konjunktur zu schaffen. Infolge dieser Wirtschaftspolitik hatten die amerikanischen Kapitalisten auch kein Interesse für die diplomatische Anerkennung der Sowjetregierung, wogegen sich Harding gestäubt hat.

Der Nachfolger Hardings ist nach der amerikanischen Verfassung der Vizepräsident Calvin Coolidge, der bis zum Ablauf der Funktionsperiode des gewählten Präsidenten, das ist bis zum 4. März 1925, die politischen Geschäfte der Vereinigten Staaten lenken wird. Er ist am 4. Juli 1872 in Plymouth im Staat Vermont geboren. Nach Abschluß der juristischen Studien ließ er sich im Massachusetts nieder, wo er allmählich zum Senator, Senatspräsidenten, Vizegouverneur und schließlich 1919—20 zum Gouverneur gewählt wurde. Die nächste Präsidentschaftswahl in Amerika dürfte im November 1924 stattfinden. Zumindest bis dahin wird die Politik Hardings auch von seinem Nachfolger fortgesetzt werden.

## Deutsche Blätterstimmen.

Berlin, 3. August. Die Berliner Presse brüht anläßlich des Todes Hardings mit großer Wärme ihre Anteilnahme an dem tragischen Schicksal des Präsidenten aus und meint im übrigen, es sei kaum anzunehmen, daß das Geschick Deutschlands durch den Präsidentenwechsel in den Vereinigten Staaten eine Änderung erfahren würde. Die Blätter heben hervor, daß Harding ein reiner Parteimann gewesen sei, der nicht den Ehrgeiz besaß, eine umstürzende persönliche Politik zu treiben. Der „Lokalanzeiger“ erinnert daran, daß die erste Regierungshandlung Hardings die Herstellung des Friedens mit Deutschland war. Der „Vorwärts“ gedenkt des Glückwunschtelegramms, das Harding beim Jahreswechsel 1921—22 an den Reichspräsidenten Ebert sandte und dessen besondere Herlichkeit für die deutsche Republik angenehm auffiel. Von dem neuen Präsidenten Coolidge heißt es, daß er wahrscheinlich während der eindeutigen Jahre der Präsidentschaft, die ihm noch bleiben, seine ganze Kraft der Vorbereitung des Wahlkampfes und der Sicherung des Sieges für die republikanische Partei widmen werde.

## Ausland.

**Das Schicksal der Ukrainer.** Die deutsche Völkerbundliga in der tschechoslowakischen Republik teilt mit: Eine von der ukrainischen Völkerbundliga (Wien IV., Argentinierstraße 29) herausgegebene Broschüre lenkt die Aufmerksamkeit der zivilisierten Welt auf das grausame Schicksal des ukrainischen Volkes, dem es nicht vergönnt war, nach dem Zusammenbruche des kaiserlichen Reiches und der österr.-ung. Monarchie einen eigenen Staat zu erringen. Die Ukrainer, die in blutigen Kämpfen von dem zaristischen Rußland unterjocht und allmählich jeglicher Selbstverwaltung beraubt worden waren und deren Sprache durch die russischen Regierungen zum kleinrussischen Dialekt herabgewürdigt wurde, hatten sich 1918 und 1919 zu einem Nationalstaat mit der Hauptstadt Kiew zusammengeschlossen, der aber seinen zahlreichen Feinden zum Opfer fiel. Das ukrainische Sprachgebiet ist nunmehr auf vier Staaten aufgeteilt. Beharabien gehört zu Rumänien, Karpatenrußland (oder wie die Ukrainer das Gebiet nennen: Karpatenruthenien) zur Tschechoslowakei, Wolhynien, die Podlesie, das Cholmer Gebiet und Ostgalizien — letzteres staatsrechtlich erst durch den Beschluß der Botschafterkonferenz vom 14. März 1923 — zu Polen, das übrige Territorium der Ukraine zu Sowjetrußland. In bewegten Worten verweist die ukrainische Völkerbundliga auf die furchtbaren Bedrückungen, die ihre Volksgenossen im bolschewistischen Rußland und in Polen zu erdulden haben. Während sie in Rußland wenigstens den Schein einer Autonomie besitzen, ist das Schicksal der ukrainischen Siebenmillionen-Minderheit in Polen äußerst beklagenswert. Die ukrainische Liga erhebt für diese Minderheit fol-

## Nur zwei Möglichkeiten: Deutschlands Kapitulation oder sein Zusammenbruch.

Lloyd George zum Ruhrkonflikt.

London, 3. August. In der Debatte im Unterhause ergriß nach Baldwin Lloyd George das Wort. Er sagte, er nehme volle Rücksicht auf die Schwierigkeiten der Regierung, habe aber in Baldwin's Rede vergeblich darnach gesucht, welches eigentlich die endgültige Politik der Regierung sei. Es würde doch wohl besser sein, zuzugeben, daß sich die französische Regierung endgültig über diese Politik erklärt habe. Der französische Ministerpräsident habe es ausdrücklich gesagt, daß er nicht beabsichtige, mit Deutschland zu verhandeln, bevor es kapituliere, und, was noch furchtbarer sei, daß Frankreich das Ruhrgebiet nicht verlassen werde, bevor die letzte Zahlung erfolgte. Da die überwältigende Mehrheit des französischen Volkes die Politik der Regierung fröhe, sei nicht anzunehmen, daß man Poingare durch die Abwendung weiterer Noten veranlassen werde, von seiner Politik abzugeben. Wenn ein Ministerpräsident sich derartig festgelegt habe, könne er nicht mehr zurück. Redner sagte weiter, die Regierung sei besonders deshalb in einer schwierigen Lage, weil England Frankreich erlaube, ins Ruhrgebiet zu gehen. Es habe ihm sogar gewisse Erfolge gewünscht. Wenn jetzt England von dieser Politik abgehen wolle, so sei dies eigentlich nicht fair gegenüber Frankreich. Die französische Forderung sei nun einmal im Ruhrgebiet gebüht und die Ehre des Landes sei verpfändet. Das könne vielleicht sentimental, sei aber ein gewichtiger Umstand. Es gebe nur zwei Möglichkeiten: Deutschlands Kapitulation oder sein Zusammenbruch. Zum Schluß sagte Lloyd George, er fordere die Regierung auf, vor Beendigung der Aussprache das Land und Haus ins Vertrauen zu ziehen und klar und deutlich zu sagen, welche Politik sie in dem einen oder anderen Falle befolgen werde.

## Scharfe Sprache der Berliner bürgerlichen Presse.

Berlin, 3. August. Die gestrige Regierungserklärung Baldwins im Unterhause wird in einem Punkte von den Berliner Blättern scharf abgelehnt, nämlich in der Frage des passiven Widerstandes.

Der „Lokalanzeiger“ faßt den Eindruck des von Baldwin mitgeteilten englischen Antworten-Entwurfes in den Worten zusammen: Welche Regierung auch jemals in Deutschland ans Ruder kommen würde, sie könne immer nur eine Auffassung vertreten, daß der Bevölkerung des Ruhrgebietes das Aufgeben des passiven Widerstandes nur zugemutet werden könne, wenn sie die sofortige Zustimmung der unangehenden Aenderung der jetzigen Besetzungsmethode und außerdem die Zustimmung der Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete in kürzester Frist erhalte. Außerdem müsse die Freigabe der Gefangenen die Rückkehr der Vertriebenen und die Befestigung der Eisenbahntrasse zugestanden werden.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die englische Regierung empfiehlt uns unsere einzige Waffe aus der Hand zu geben, ohne uns die geringste konkrete Gegenleistung zu bieten. Die Aufforderung zur Kapitulation werde man in ganz Deutschland nicht begreifen. Es ist wichtig, daß England volle Klarheit darüber besäße, daß keine deutsche Regierung denkbar ist, die der Bevölkerung des Ruhrgebietes bei ihrem waffenlosen Widerstand gegen die Eindringlinge in dem Rücken fällt.

Auch das „Berliner Tageblatt“ erklärt, es könne immer nur wiederholt werden, daß für das deutsche Volk ein Verzicht auf den passiven Widerstand ohne Gewährung gleichzeitiger Garantien für die baldige Räumung des Ruhrgebietes mit allen Konsequenzen nicht in Frage kommen kann. Hinsichtlich der Frage der Finanzkontrolle schreibt das Blatt, daß diese unter keinen Umständen mit einer für Deutschland untragbaren Einschränkung der deutschen Souveränität verbunden sein dürfe. Im letzten Abhate ihrer Zuschrift machte die englische Regierung eine Anspielung auf die Frage der Sicherheit. Die französische Regierung werde sich glücklich fühlen, sich mit England hierüber unterhalten zu können, aber diese Frage sei unabhängig von der Frage der Ruhrbesetzung und müsse getrennt behandelt werden.

## Die italienische Antwort überreicht.

London, 3. August. (Havas.) Der italienische Botschafter hat dem Minister des Auswärtigen Curzon die Antwort Italiens überreicht.

## Polizei gegen Streikende in Mainz.

Paris, 3. August. (Havas.) Nach Blättermeldungen aus Mainz haben dort mehrere tausend Streikende versucht, sich auf dem Ballplatz zusammenzutrotten, wobei es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei kam. Die Schutzleute griffen mit blanker Waffe an, wobei 15 Demonstranten verletzt wurden.

## Eine Verwahrung im thüringischen Landtag gegen Berlin.

Berlin, 3. August. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des thüringischen Landtages gab Genosse Fröhlich eine Erklärung ab, die sich gegen den Aufruf der Reichsregierung vom 18. Juli wendet, worin durch die namentliche Nennung der Regierungen von Sachsen und Thüringen der Eindruck erweckt wurde, als ob dort die Verhältnisse ein Eingreifen des Reiches notwendig machten. Die thüringische Regierung weise diesen ungeheuren Anwurf, der Thüringen zu einem Lande zweiter Klasse herabdrücke, mit aller Entschiedenheit zurück.

### Lohnkonflikte in Berlin.

Berlin, 3. August. Die Reichshauptstadt wird von einer Anzahl neuer Streiks heimgesucht. Seit heute mittags ist die Berliner Hoch- und Untergrundbahn durch einen wilden Streik des Werkstätten- und Kraftwagenpersonals stillgelegt. Außerdem droht ein neuer Streik in der Metallindustrie, wo diesmal die Angestellten wegen Lohnunterschieden in den Ausstand treten wollen.

### Schamlose Hebe der bayerischen Monarchisten.

München, 3. August. Die Presse der Regierungsparteien hat gegen die Gründer der Bayerischen Republik und Urheber der Novemberrevolution 1918 einen Feldzug eingeleitet mit der Beschuldigung, daß angeblich 700 Millionen Goldmark vom Auslande den Umsturz finanziert hätten. Man müsse den bayerischen Staatsgerichtshof mit der Untersuchung betrauen und die Schuldigen schon jetzt verhaften.

### Ehrhardt in Stockholm?

Berlin, 3. August. Die schwedischen Blätter melden, daß der Kapitän Ehrhardt über die Grenze nach Schweden entkommen sei und sich in Stockholm aufhalte. Die Stockholmer Polizei, die von verschiedenen Berichterstattern befragt wurde, ob von schwedischer Seite aus Maßnahmen gegen Ehrhardt beabsichtigt wären, verweigerte jede Auskunft, ohne aber das Gerücht von dem Ausflucht Ehrhardts zu dementieren. Der Berliner Polizei ist nichts Näheres bekannt.

### Wilhelm Janßen gestorben.

Berlin, 3. August. (Eigenbericht.) Nach einer Meldung aus Schweden ist dort Genosse Wilhelm Janßen, eine der bekanntesten Persönlichkeiten in der internationalen Gewerkschaftsbewegung, gestorben. Er spielte in den Neunzigerjahren eine hervorragende Rolle im deutschen Gärtnerverband als Vorstandsmitglied und Redakteur des Verbandsorganes. Von 1905 bis 1919 war er Redakteur des Korrespondenzblattes der Gewerkschaften Deutschlands, bis die schwedischen Genossen seine Berufung als Sozialattaché bei der schwedischen Gesandtschaft in Berlin durchsetzten. Er hatte auf diesem Posten besonders die sozialpolitischen Angelegenheiten Deutschlands, der österreichischen Nachfolgestaaten und der Schweiz zu bearbeiten. Mit ihm ist einer der fähigsten Vertreter der schwedischen Gewerkschaftsbewegung dahingegangen.

### Eine neue Streifbewegung in SSS.

Bras, 3. August. In Jugoslawien ist in der Nacht ein allgemeiner 24stündiger Demonstrationstreik hervorgerufen durch Lohnverhältnisse ausgebrochen. Der Zug mit der Journalisten- und Arbeiterdelegation zum Laibacher Kongress und zahlreichen Progenen wird die Fahrt wahrscheinlich erst morgen früh fortsetzen können. Im übrigen kursieren Gerüchte, daß sich auch die Postangestellten und die Gendarmen dem Streik anschließen beabsichtigen.

Belgrad, 3. August. Infolge des heute nachts auf den Strecken der Südbahn ausgebrochenen Streikes haben die Minister Basić und Rindić ihre Reise nach Belas verschoben.

### Aus der Geschichte der Ruhrbesetzung.

Von Kurt Kläber.

In Dortmund, Herne, Witten, Essen, Gelsenkirchen, Bochum, Duisburg, Hamborn, alles Städte, die nie Kasernen und stationiertes Militär kannten, sind fast alle größeren öffentlichen Gebäude, die meisten Schulen, Gasthöfe und Tausende von Privathäusern von den französischen Soldaten besetzt. Man hat also recht, wenn man behauptet, der französische Militarismus habe die gewalttätigen Mittel des preußisch-deutschen Militarismus der Kriegs- und Vorkriegszeit noch übertroffen.

Freilich, wie ein siegreicher preußischer Militarismus in der Nachkriegszeit ausgesehen hätte, wissen wir nicht.

Die Franzosen rückten kriegsmäßig ein. Sie stiegen wie bei einem militärischen Vormarsch in das Herz, in die Blut- und Wärmepumpe Deutschlands. Spitze, rechts und links Seitenpatrouillen, Hauptgruppe, erst Kavallerie, dann Radfahrer, Panzerautos, Maschinengewehrbesetzungen, die Infanterie, zuletzt unübersichtbare Bagage.

Wir Proleten haben herzlich gelacht, als wir die entschärften Gewehre, ihre Handgranaten, sogar die unvergeschliffenen Gasmasken sahen. Natürlich auch Stahlhelme.

Aber die Soldaten sahen menschlicher aus als ihre Waffen. Sie blickten verlegen beiseite, hatten gedrückte, verzerrte oder zornige Gesichter, marschierten gezwungen. Keiner sang. Man spürte, sie schämten sich dieses Gewaltaktes. Sogar die Offiziere sahen verbissen vor sich hin, gaben ihre Kommandos gezwungen und blickten auf ihren Pferden, als wären sie gewaltsam hinaufgesetzt worden.

Brutale Gesichter, rohe gewalttätige waren natürlich auch dabei. Überall gibt es menschliche Tiere, aber man sah sie selten.

Kein, dieser Einmarsch war nicht der Einzug eines siegreichen, hahnenfüßigen Volkes, mehr ein Trümmernarisch gequälter, unterdrückter Mensch.

## Die Herausforderung der Ostrauer Kohlenbarone.

### Kenerliche Vertagung der Verhandlungen.

Prag, 3. August. Im Ministerium für öffentliche Arbeiten fanden heute unter dem Vorsitz des Sektionsschefs Dr. Pfeifer weitere Verhandlungen wegen Vereinbarung eines neuen Kollektivvertrages für die Bergarbeiter im Ostrau-

Karoliner Reviere statt. Die heutigen Beratungen waren nur von kurzer Dauer und, da keine Einigung erzielt wurde, wurden die weiteren Verhandlungen auf Dienstag nächster Woche vertagt.

Bahnhöfe, Postämter, das Rathaus, die Banken sind militärisch besetzt. Posten mit aufgestellten Seitengewehren gehen auf und ab. Schnell, hastig, französisches Marschtempo.

In den Straßen sind viele Soldaten. Junge 19- und 20-jährige mit bartlosen, kindisch-neugierigen Gesichtern. Alle mit dicken, unförmigen Schädeln und französischen Schnauzbärten. Sie gehen eilig durch die Menschen, weichen diesen Massen vorsichtig aus, vermeiden alles, um roh und gewalttätig zu erscheinen. Viele Esässer sind dabei.

„Kar!“ schreit einer.  
Der Karl dreht sich erstaunt um.  
„Ne, Mensch, erkennst Du mich denn nicht. Wir haben doch in Straßburg zusammen gebüht und dann in den Vogesen. Je, je, erst 6 Jahre Soldat bei den Preußen und nun schon das dritte Jahr in diesen Lumpen.“

Eigentümliches Wiedersehen. Sie schüttelten sich die Hände.  
„Aber, Paul, was wollt Ihr denn hier?“  
„Was wir wollen? Wir Soldaten wollen auch nichts, jeder hat es satt. Jeder will heim. Viele sind schon davongelaufen. Die Strafen sind nur so schwer.“

Das sind Bräden zwischen einzelnen Soldaten und der Bevölkerung.  
Rein, diese mit blauen und schwarzen Pappen und mit Waffen umhängten Gestalten des ersten Einmarsches sind nicht die triumphierenden, noch immer mit Rachegeanken angefüllten Soldaten der „großen Nation“.

Wir stehen unter dem Zwang des Kapitals, sie stehen noch unter der Gewalt der Militärdiktatur. Das einzige, was sie bis ins Innerste erschüttern kann, ist unsere Menschlichkeit. Jede andere Waffe ist machtlos.

Es geht jetzt militärischer zu. Poincaré ist anscheinend nicht zufrieden mit dem Resultat.  
Ja, die Westfalen. Mit den Rheinländern war noch auszukommen. Aber diese Dickköpfe hier. Alle Pläne rutschen ins Wasser.

Und besonders diese Arbeiter.  
Rein, wenn der französische Militarismus wirklich will, daß er der Gießer am Schmelzofen bleibt, dann muß er seine Bajonette einstecken und seine militärischen Ueberwachungsgeräten wieder einziehen. Der Krieg hat den Arbeitern die Furcht vor der Waffe genommen.

Aber die Franzosen sind auch harte Köpfe. Immer neue Truppenteile werden herangezogen. Ueber 300.000 Soldaten müssen wohl hier sein und immer mehr kommen nach. Es gibt Orte, in denen keine Schule mehr frei ist für die Kinder.

Auch die Ueberwachung wird täglich strenger, die Posten werden verdoppelt, Patrouille über Patrouille geht über die Straßen.

Auch die Soldaten haben strengere Auflagen. Wo sie Posten stehen, müssen sie die Menschen vom Fußsteig drängen. Viele tun es widerwillig, aber sie werden selber streng überwacht. Die Regimenter wechseln täglich. Man will verhindern, daß sich Arbeiter und Soldat befreunden.

Aber Poincaré: Die Befehle genügen nicht.

Die ersten Staatszehen streifen. Es ist Ende Januar.

Der Kumpel schreitet zur Abwehraktion. Er ist etwas vorsichtig vom Rappputz her. Wird die Regierung die Streiktage bezahlen? Sorgt sie für Nahrungsmittel?

Der Franzose garantiert Bezahlung und Brot. Aber die Arbeiter streifen ja nicht, weil man ihren Forderungsdirektor einpericte. Der Streik richtet sich gegen die Gewalt, die auch sie trifft.

Auch der Bahnverkehr ruht teilweise. Die ersten Störungen machten sich bemerkbar. Es gab keine Milch für die Kinder.

Heute sieht es schon wieder besser aus. Die Franzosen zogen auch ihre Kommandos aus Rechen und örtlichen Verwaltungen zurück.  
Fürchtet er sich? Wartet er nur auf Verstärkungen? Unaufhörlich marschieren Truppen. Will man die Gewalt noch verstärken? Nun, der Westfale ist jäh. Jäh durch seine Arbeit.

Aber was wird?  
Die „Patrioten“ werden für bewaffneten Widerstand. Angetrunken wanken sie durch die Straßen, singen ihr Deutschlandlied. O, sie sind mutig.

Der Arbeiter wird immer ernster, schweigsamer. Militarismus und Nationalismus entläßt sich über ihn, trifft ihn.

Was haben die ändern zu verlieren? In Autos, Möbelwagen haben sie ihr Geld, ihr Silber, ihren Besitz sorgloschaft. Ihre letzte Arbeit ist die Verhegung. Dann fahren sie selber.

Nun: wir westfälischen Arbeiter glauben an den Sieg der Menschlichkeit. Ob wir noch geopfert werden müssen? Ob man unser Land noch zerschneidet, zersprengt, vernichtet?

Was sollen wir dagegen tun?  
Unsere einzige Waffe ist die Niederlegung der Arbeit.

### Letzte Nachrichten.

### Frankreich veröffentlicht den Wortlaut der Note.

Paris, 3. August. Die französische Regierung veröffentlicht die Instruktionen, die sie am 14. Juni ihrem Botschafter in London übermittle hat, von denen dieser Lord Curzon am 6. Juli eine Abschrift als Antwort auf den englischen Fragebogen in der Frage der Reparationen und der Ruhraktion überlassen hat. Die französische Regierung veröffentlicht ferner den vollständigen Text der an die englische Regierung am 30. Juli gerichteten Antwort, einen Auszug der letzten Note und endlich die Note mit den Konklusionen, die bereits gestern abend übermittle wurde.

Aus dem Text der französischen Note an die britische Regierung auf die Dokumente vom 20. Juli ist hervorzuheben: Die französische Regierung habe auf die verschiedenen Fragen, die ihr von der britischen Regierung gestellt worden seien, in bestmöglicher Weise geantwortet. Wenn die englische Regierung Fragen zu stellen habe, sei die französische Regierung bereit aus neue zu antworten, aber die französische Regierung müßte schon jetzt an den Grund erinnern, den die britische Regierung schon seit dem Beginn der Ruhrbesetzung kenne, nämlich, daß Frankreich und Belgien das Ruhrgebiet nur entsprechend den von der deutschen Regierung geleisteten Zahlungen räumen würden. In der Note heißt es weiter: Wir werden das Pfand, das wir in den Händen haben, nur schrittweise aufgeben. Was den passiven Widerstand anbetrifft, so sind wir bereit, in unserer Besetzung die Abänderungen zu treffen, die wir mit der Sicherung der Truppen und der Ingenieure, sowie mit der des Pfandes, das wir in Händen halten, als vereinbar ansehen. Wenn wir anders vorgehen würden, würden wir die öffentlichen Erklärungen verlegen, die wir von Brüssel ausgehen ließen. Wir haben ein zu großes Vertrauen zu der britischen Regierung, um anzunehmen, daß sie jemals versuchen würde, von uns einen derartigen Widerruf zu verlangen, der einer Demütigung gleichkäme und zu einer Ausbreitung des Revanchegedankens in Deutschland führen würde. Die britische Regierung glaubt, daß die Besetzung des Ruhrgebietes nicht den geringsten Erfolg gehabt hat. Wir teilen diesen Pessimismus nicht. Man darf sich über das Ziel, das wir im Ruhrgebiet verfolgt haben, nicht täuschen: es handelt sich keineswegs darum, dort die sofortigen und vollständigen Reparationszahlungen zu suchen. Wir wußten sehr wohl, daß die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Alliierten an sich nicht die notwendigen Summen ergeben würde. Selbst, wenn die deutsche Regierung sich gemäß des Friedensvertrages verhalten und uns die Kohlen und Eisenerz einziehen lassen würde. Was wir wollten, war vor allem — besonders durch die Pfandnahme — in Deutschland den Willen zur Zahlung zu schaffen, d. h. wir wollten den wirtschaftlichen und politischen Organisationen des Deutschen Reiches eine solche Verlegenheit bereiten, daß sie die Ausführung des Vertrages schließlich den Behinderungen vorziehen würde. Alle Auskünfte, heißt es ferner, die Frankreich befrage, beweisen übrigens, daß, wenn Deutschland nicht auf die Uneinigkeit der Alliierten spekuliert hätte, es rasch nachgegeben haben würde.

### Tages-Neuigkeiten.

#### Nut zum Frieden!

Ein: französische Stimme zum Tag: Nie wieder Krieg!

Von Pierre S amp, Paris.

Wir hassen den Krieg nicht genug. Wir haben so eine Art von Duldung gegen ihn. Wir behandeln ihn wie eine Art Religion, an die man zwar nicht mehr glaubt, aber die man doch nur mit leiser Stimme verneint.

Was ist die kostbarste Sache für jeden Staatsbürger? Der Frieden.

Aber wir sprechen vom Frieden im Tonfall der Krankenstube. Wir flüstern unsere Wünsche. Aber für den Krieg wird laut geschrien, wird Musik gemacht, im Café gefungen.

An uns ist es, den Mut zum Frieden dem Mut zum Kriege gegenüberzustellen.

Der Nichtwiderstand gegen das Böse ist eine Ungerechtigkeit, gegen die die Ehrlichkeit protestiert. Der Pirat, der Räuber sind mit zunehmender Zivilisation in Ohnmacht verfest worden. Die Zeit ist gekommen, wo die Menschheit den Kriegsgedanken wie Raubertum und Piratie behandeln muß.

Unser wichtigstes Geschäft ist der Frieden, und wir reden immer nur von den kleinen Geschäften.  
Wir werden am kriegerischen Heroismus zu-

grunde gehen, wenn wir nicht den friedlichen Heroismus schaffen.

Der friedliche Heroismus ist schwerer als der des Soldaten, denn er wird von niemandem erzwungen, als durch sich selbst. Die Polizei erdient nicht in der Wohnung des Bürgers, der sich weigert, den Frieden zu lieben.

Man kann bandenweise durch die Straßen ziehen und das Lob des Krieges singen. Eine energische Hymne auf den Frieden findet nicht so viel Beifall.

Der Friedensgeist hat eine Menge heimlicher Anhänger; aber der Kriegsgeist hat die alte Gewohnheit für sich, die wohlbekannten Refrains, und vor allen Dingen: die verbrecherische Freigeblichkeit, die ihn nicht billigen.

Wir haben die Pflicht, an die Zukunft der Menschheit zu denken. Haben wir den Mut, für das Heil Europas zu arbeiten. Unter Frankreich soll nicht das verzerrte Lächeln behalten, das eine Lüge ist, eine Lüge gegen seine ganze Tradition, gegen sein ganzes Gefühl; das wahre Frankreich verdammt dieses Lächeln.

An uns Franzosen ist es, vor der Kriegsschule die Friedensschule aufzurichten!

Für die Opfer der Görtauer Brandkatastrophe. In der am Dienstag in Görtau stattgefundenen außerordentlichen Sitzung des Stadtrates wurde die Einsetzung eines Komitees für Wohnungsaufbringung beschlossen, dem es auch gelungen ist, 27 von den obdachlosen Familien unterzubringen. Außerdem richtet die Stadt für sämtliche Abbrändler im städtischen Schlachthaus eine Notküche ein, wo die Opfer der Brandkatastrophe unentgeltlich versorgt werden. Weiters wurde ein Frauenkomitee eingesetzt, welches an der Brandstätte Spenden für die Opfer sammelt. An die Redaktion aller Tagesblätter in den umliegenden Städten wurde ein Hilseausruf versendet. In der am Mittwoch stattgefundenen neuerlichen Stadtratsitzung hat die sozialdemokratische Gemeindefraktion einen Dringlichkeitsantrag gestellt, der dahingeht, daß die nächste Sitzung der Gemeindevertretung 400.000 Kronen zur Errichtung von Wohnungen bewilligen möge. Dieser Betrag ist bereits im Jahre 1919 zur Erbauung von Wohnungen bewilligt, jedoch bis heute nicht flüssig gemacht worden.

Die tschechoslowakische Handelsflotte wächst! Die „Narodni Demokracie“ bringt ganz stolz benachrichtigt, daß die tschechoslowakische Handelsflotte, die bisher nur ein Schiff — „Legie“ mit 3000 Tonnen — besaß, um ein weiteres Schiff mit 2000 Tonnen Rauminhalt — „Rehrueder“ — vermehrt wurde. Dieses neue Schiff hat eine zwölfköpfige Besatzung, fährt unter dem Kommando des — deutschen Kapitän Rindermann und verkehrt bisher den Passagierdienst zwischen Ruzhoben und Helgoland. Das Schiff soll unter tschechoslowakischer Flagge der Beförderung tschechoslowakischer Güter in der Nordsee dienen.

Stierkämpfe in der Tschechoslowakei! Nach Meldungen der tschechischen Blätter sollen in Preßburg bei der Eröffnung der Mustermesse am 23. August Stierkämpfe stattfinden, d. h. die Tage (!) dauern werden. Die Brocken für diese Stierkämpfe werden in den nächsten Tagen von den Preßburger Behörden (!) hergenommen werden. — Man sieht, die Kultur in der Tschechoslowakei macht Fortschritte.

Herabsetzung des Brotpreises. Im Laufe der nächsten 14 Tage soll im Ernährungsministerium eine Enquete stattfinden, die über die Herabsetzung des Brot- und Gebäckpreises herouten soll. Im Herbst soll eine Bierpreisregelung erfolgen.

Neueinteilung der Unterrichtsstunden an Volksschulen. Dem „Ceste Zbovo“ zufolge führt das Unterrichtsministerium mit Rücksicht auf das kleine Schutagesch eine neue Einteilung der Unterrichtsstunden für alle Gegenstände an den Volks- und Bürger Schulen durch. Der Unterricht wurde nämlich um die Bürgerkunde für Knaben mindestens um zwei Stunden wöchentlich erweitert und deshalb ist eine neue Regelung der Unterrichtsstunden notwendig.

Die „Letzten Ueberreste Josefs II.“ Aus Duz wird uns geschrieben: Herr von den „Narodni Listy“ ist es gelungen, durch eine Zeitungsnotiz die Landesverwaltung auf die Zustände in Duz aufmerksam zu machen. Am 15. April erschien nämlich in den „Narodny Listy“ eine Notiz, in welcher davon hingewiesen wird, daß in Duz die Straßen nach Biffen bezeichnet sind. Von dem bestehenden Gesetz über die Bezeichnung der Straßen und Plätze werde in Duz gar keine Notiz genommen. Die im Stadtrat sitzenden Tschechen werden ermahnt, nicht noch länger ruhig zuzuschauen. Weiters heißt es in der Notiz, daß in Duz noch immer das Denkmal Kaiser Josef II. stehe. Der Berichterstatter der „Narodni Listy“ scheint demnach überhaupt nicht zu wissen, daß das Denkmal Josef II. schon seit einigen Jahren entfernt ist und daß nur noch der Sockel in einer Holzverschalung am Eingange des Parkes steht. Die Bezeichnung der Straßen nach Biffen ist über Antrag der Tschechen in gesehen. Interessant ist, wie schnell diesmal die politische Landesverwaltung diese Zeitungsnotiz aufgriff. Am 15. Juli erschien die oben angeführte Notiz und einige Tage später erhielt schon die politische Bezirksverwaltung Duz diese Notiz mit der Aufforderung übermittle, binnen acht Tagen darüber dem Präsidium der politischen Landesverwaltung zu berichten. Die Erhebungen und die notwendigen Klärungen waren in wenigen Tagen erledigt. Am 28. Juli erhielt das Bürger-

meisteramt die behördliche Aufforderung, „die letzten Ueberreste Josef II.“ entfernen zu lassen. Nun muß sich der Stadtrat den Kopf zerbrechen, wie er es anstellen hat, „die letzten Ueberreste Josef II.“ zur Zufriedenheit aller zu entfernen.

**Der „Kongreß“ der rheinischen Separatisten.** Die rheinischen Separatisten haben am 29. Juli in Koblenz einen Kongreß veranstaltet, der in der nationalistischen französischen Presse sensationell aufgemacht und als Beweis der Stimmung der rheinischen Bevölkerung gegen Preußen und das Reich ausgenutzt wird. Es sollen sich mehr als 3000 Personen an der Veranstaltung beteiligt haben. Herr Dörten begründete eine Resolution, die die Einberufung eines rheinischen Parlaments verlangt. Die Resolution wurde unter Beifall — man umarmte und küßte sich nach der Abstimmung — angenommen. Nun erfahren aber die Berichte der französischen Presse über die Koblenzer Konferenz in Frankreich selbst eine bemerkenswerte Richtungsstellung. Die Linkspresse konstatiert, daß von den 3000 Anwesenden höchstens 1000 Rheinländer waren. Die übrigen Teilnehmer waren Franzosen und Aulisi, sodaß die Hoffnungen, die die französischen Chauvinisten auf die rheinische separatistische Bewegung setzen, ohne weiteres wohl kaum in Erfüllung gehen dürften. Eine moralische Hinrichtung vollzieht „Ere Nouvelle“ bei dieser Gelegenheit an dem „ehemaligen Staatsanwalt“, den „preussischen Offizier“ und „intimen Freund des Generalobersten v. Bockmer“, der jetzt „Verräter seines Landes“ und „politischer Dienstmann des Generals Mangin“ ist. Auch die englische Presse befaßt sich mit der Veranlassung der rheinischen Separatisten in Koblenz. „Daily Telegraph“ schreibt, daß nach den Nachrichten der englischen Beobachter im Rheinland diese Veranlassung geradezu als lächerlich und jeden Ernstes entbehrend angesehen werden müsse. Die wenigen tausend Demonstranten seien zum Teil in besonderen Regiments oder durch andere Verkehrsmittel herbeigeführt worden.

**Der Esperanto-Weltkongreß.** Der unter dem Protektorate des Reichspräsidenten in Würzburg tagende Esperanto-Weltkongreß wurde Freitag in Anwesenheit zahlreicher Besucher namentlich des Auslandes — Frankreich und Belgien sind nicht vertreten — eröffnet. Nach Begrüßungsansprachen des Vorstandes begrüßte namens des Reichspräsidenten sowie des Reichsministers des Innern Staatssekretär Schulz den Kongreß. Er wies darauf hin, daß die Staats- und Reichsbehörden dem Gedanken des Esperanto sympathisch gegenüberstehen, weil man von ihm eine Förderung der Völkerverständigung, in später Zukunft auch vielleicht der Völkervereinigung ohne Freigabe des Volkstums der einzelnen Völker erwarten könne. Der Beschluß des Vorstandes, an Reichspräsidenten Ebert und Reichsminister Deser Begrüßungstelegramme zu senden, wurde von dem Kongreß freudig aufgenommen. Hieran schlossen sich Ansprachen der ausländischen Delegierten.

**Verdächtiger Besuch zweier Habsburgerinnen in Wien.** Donnerstag trafen in Wien die beiden Töchter des gewesenen Erzherzogs Friedrich, Isabella und Gabriela ein, angeblich um irgendwo ärztlichen Rat einzuholen. Zu diesem Zwecke haben beide von der österreichischen Regierung die Einreiseerlaubnis bekommen. Die „Arbeiterzeitung“ bemerkt dazu, daß es in Wahrheit den beiden Habsburgerinnen offenbar um ganz anderes, als um die Einholung ärztlichen Rates zu tun ist. Isabella beabsichtigt, sich nach Budapest, und Gabriela, sich nach einer steiermärkischen Sommerfrische zu begeben. Ursprünglich hatte Erzherzog Friedrich und sein Sohn Albert um die Erlaubnis gebeten, die österreichische Republik besuchen zu dürfen, und erst als ihnen diese Bitte abgewiesen wurde, fand es sich, daß seine beiden Töchter der Hilfe österreichischer Ärzte bedürftig. Die „Arbeiterzeitung“ schreibt, die österreichische Regierung sei auf keinen Fall ermächtigt, dieser Bitte zu willfahren.

(Nachdruck verboten.)

## Die Glücksbude.

Erzählung von Ernst Preckang.

In den folgenden Tagen verschwand Jeremias auf Stunden, zum großen Verdruß seines Sohnes, der es gar nicht gewohnt war, so vom Vater zurückgelassen zu werden. „Das kleine Wiesel“ schlüpfte zwischen den vielen langen Budenreihen umher, ließ die blanken Augen sich ununterbrochen nach allen Richtungen wenden, fragte hier und dort bei Bekannten, aber er fand nie eine Spur. Frau Trude legte zunächst nicht viel Gewicht darauf; als sich die Abwesenheit ihres Mannes aber regelmäßig wiederholte, erschien ihr diese doch rätselhaft genug, um einmal nach dem Grunde zu fragen. Es war zwei Tage vor ihrem Wiegensfest, als sie mit dem kleinen Jeremi ziemlich spät ihr Logis betrat, ohne Jeremias vorzufinden. Er kam bald nach ihnen. In einem seltsamen Aufzuge. Die schlechtesten Kleider, die er sein eigen nannte, trug er auf dem Leibe. Dazu einen alten schäbigen Filz. Und alles war übersät mit Farbensprühern, grünen und weißen; der Hut schien von flüssigem Fett durchtränkt, und auch die Jackenärmel zeigten eine glänzende Beschaffenheit.

„Aber mia!“ Frau Trude hatte nie so verwundert gesprochen. Er wartet den bligen Filz in eine Ecke: „Wie? Seid ihr schon da?“ „Was treibst du?“ Er lächelte geheimnisvoll: „Eine alte Liebe.“

**Flucht von Wahnsinnigen aus einem amerikanischen Gefängnis.** Aus der Stadt Chester im Staate Illinois kommt die Nachricht, daß in der Strafanstalt für schwere Verbrecher in Chester nicht weniger als 41 geistesgestörte Gefangene aus der Irrenabteilung des Strafhauses, wo sie gehalten wurden, gewaltsam ausbrachen, nachdem sie sich vorher mit schweren Eisenstangen, hölzernen Anstößen, Messern und sonstigen Waffen ausgerüstet hatten. Wie es scheint, hatten die irrsinnigen Sträflinge vorher ihre gemeinsame Flucht auf das eingehendste vorbereitet und waren so instande, sie mit vollem Erfolg durchzuführen. Sie überfielen in einem günstigen Augenblick die Spitals- und Gefangenenhauswache und schlugen alle sich ihnen entgegenstellenden Wachorgane nieder. Es gelang ihnen, das Freie zu gewinnen, wo sich die kompakte Masse der entpurrten Wahnsinnigen auflöste und nach allen Windrichtungen hin zerstreute. Eine ungeheure Panik ergriff die Bewohner von Chester, die sich in ihren Häusern verbarrikadierten und nur mit Revolvern und Gewehren auf die Straßen wagten, in denen die Irrenjungen ihr Unwesen trieben. Die Polizei veranstaltete alsbald eine Treibjagd auf die Entpurrten, und im Laufe des ersten Tages wurden fünfzehn von ihnen eingefangen. Der Rest von 26 Wahnsinnigen floh in die Umgebung der Stadt Chester und verbreitete überall, wo sie hinkamen, Angst und Schrecken.

**Eine Todesfahrt.** Auf der Landstraße zwischen Sloup und Deutschbrod verlor dieser Tage der vierzehnjährige Gottlieb Drbohlav aus Sloup, der nach Deutschbrod fuhr, beim Vorüberfahren an einem Lastfuhrwerk die Herrschaft über sein Rad, stürzte ab und geriet unter die Pferde. Tiere und Wagen gingen über den Unglücklichen hinweg, der auf der Stelle seinen schweren Verletzungen erlag.

**Mulatten eines Wahnsinnigen.** In Wildschütz bei Trautau entfloh dieser Tage der im Gemeindefhaus untergebrachte J. Schöbel, der sich längere Zeit in einer Irrenanstalt befunden hatte, bewaffnete sich mit einem Küchenmesser und bedrohte auf der Dorfstraße jeden, der ihm entgegenkam. Schließlich drang der Irrenjunge in die sogenannte Stadelmühle ein, stürzte sich auf die Müllerin Bönsch und verletzete sie durch Messerstiche. Auch den herbeigeeilten Müller, sowie dessen beide Töchter verletzete er schwer. Endlich gelang es nach Kampf, den Wahnsinnigen zu vertreiben. Schöbel lehrte in das Armenhaus zurück, wusch sich dort seine Wunden und wollte seine Wahnsinnstalten im Dorfe wieder aufnehmen. Es kam zu einem Kampfe mit dem Polizeiwachtmeister Menzel, der Schöbel durch einen Schuß in die rechte Brustseite schwer verletzete und kampfunfähig machte. Schöbel wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er bald nach der Einlieferung starb.

**Erweiterung des Frachtverkehrs auf der Moldau.** Um den immer mehr anwachsenden Sendungen an Ware und Frachtgut voll genügen zu können, gibt die Betriebsverwaltung der Staats-Dampfschiffahrt allen Speditoren und anderen Interessenten und Teilnehmern an dem Frachtguttransport der Staats-Dampfschiffahrt bekannt, daß von der nächsten Woche an ein größerer Frachtdampfer vom Prag-Pölschwinzer Hafen nach Leitmeritz jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag verkehren wird. Da dieser Dampfer für alle Sendungen nunmehr ausreicht, kann die Betriebsverwaltung jedem Frachtaufgeber die sofortige Aufnahme der Ware, welche vor der Abfahrt des Dampfers in den Hafen eintrifft, verbürgen. Sollte der Verkehr derart weiter wachsen, daß auch der neue Dampfer mit der Zeit nicht ausreichen würde, wird für tägliche Fahrten zwischen Prag und der Reichsgrenze, sowie in der umgekehrten Richtung vorgezogen werden.

**Wahung auf einen Schwindler!** Wie uns die Union der Geschäftsfreunden und Vertreter mitteilt, gibt sich ein gewisser Alexander Tauffig, früher in Prag, Dlouha 6, jetzt im Hotel „Viertel“ wohnhaft, als Mitglied dieser Organisation aus und

befucht Firmen, welche einen ihrer Angestellten entlassen haben. Von diesen fordert er unter Androhung der Klage durch die Union Abfertigungsgelder. Dieser Tauffig war nie Mitglied der Union, hat kein Recht für sie zu intervenieren, worauf alle, die er besuchen sollte, aufmerksam gemacht werden.

**Wetterbericht vom 3. August.** In der ganzen Republik war es Donnerstag heiter, die Sonne schien ungestört den ganzen Tag und die Temperatur erreichte nachmittags normale sommerliche Höhen von 23 bis 27 Grad Celsius. Regen fiel nirgends. Ueber Nacht hat es sich wieder stark abgekühlt, in den tieferen Lagen wurde es kälter als auf den Bergen (Prag Minimum 11 Grad, Donnersberg 13 Grad). Das schöne, sonnige Wetter umfasste Donnerstag auch das übrige Binnenland, in Frankreich traten Höhen von 30 bis 33 Grad Celsius ein. Der tiefe Depressionskern hat sich von Irland nach Schottland vorgelagert, das Sturm- und Unwettergebiet hat auch heute die Küsten des europäischen Festlandes nicht erreicht. Durch Mitteleuropa erstreckt sich ein Streifen tieferen Druckes von Norden nach Süden; die Republik liegt innerhalb desselben. Mit dieser Druckverteilung hängt das trübe Regentwetter zusammen, das gestern von Westen her eingetreten und bis nach Böhmen gelangt ist. Von Biskau her steigt der Druck so rasch an, daß außer Gewitterneigung keine stärkere Verschlechterung droht. Das Haupttieferdruckgebiet hat nördlichen Kurs. Wahrscheinlich es Wetter am 4. August: Wechselnd bewölkt, mäßig warm, Neigung zu Lokalgewittern.

## Prager Chronik.

In jeder größeren Stadt, die Anspruch darauf erhebt, als von Zuständen der Unkultur frei bezeichnet zu werden, gibt es öffentliche Klosetts. In einer Großstadt ist das Vorhandensein dieser Einrichtung eine Selbstverständlichkeit. Eine Selbstverständlichkeit ist auch ein menschenwürdiger Zustand dieser mit so sinnreichen Aufschriften versehenen Häuschen und insbesondere der öffentlichen Pissoirs. Wien hat in dieser Beziehung Vorbildliches geschaffen. Jedemfalls war es immer eine wichtige Sorge der Wiener Stadtvverwaltung, daß die Wiener und speziell die Fremden nicht schon mehrere Hundert Meter weit vermöge ihrer Geruchorgane erkennen, wo ein Pissloie aufgestellt ist. Die Prager und alle diejenigen, die sich das „Goldene Prag“ einmal anschauen wollen, haben es noch lange nicht so gut wie die Bewohner und Besucher der so oft geschmähten Wienerstadt. Ein Spaziergang an der wohl den stärksten Verkehr aufweisenden Strakenkreuzung Wenzelsplatz — Wollergasse — Heinricggasse genügt als bester Beweis: Die Nase ist dort mit Gerüchen verstopft. Der Besuch eines weiteren Vissoirs — etwa am Graben oder in einer Vorstadt — kann dann ohne weitere Gefahr vorgenommen werden. Die Nasenschleimhäute sind bereits so imprägniert, daß einem die nicht minder angenehmen Gerüche dieser Häuschen kaum mehr zum Bewußtsein kommen. Um so mehr denjenigen, die ein solches Training nicht mitgemacht haben. — Ein Kapitel für sich bilden auch die Frauenklosetts. Sie sind in Prag so spärlich vorhanden, daß sich vor ihnen immer ganze Kolonnen bilden. Wahrscheinlich haben die Prager Stadtväter Freude an solchen Figurenreihen. Derjenigen aber, die immer vom Ruhm der „Großstadt“ Prag erzählen, wäre ein Besuch des Pissloirs am Wenzelsplatz anzusempfehlen. Sie könnten dann mit Recht behaupten, daß es in Prag Dinge gibt, deren sich eine andere Stadt nicht rühmen kann. Allenfalls wären bei der Inanspruchnahme dieses Klosetts Gasmasken anzusempfehlen.

Aus dem Polizeibericht. Gestern vormittags stürzte auf dem Purlinplatz in Prag-Brnoberge der 63jährige Anton Wlhyka, der auf einem in Fahrt befindlichen Motorwagen der Prager Strakenbahn aufspringen wollte, ab und erlitt erdramatische Verletzungen am linken Fuße. — Ein ähnlicher Unfall ereignete sich in Prag Karolinental. Der Arbeiter Johann Bican sprang aus einem in Fahrt befindlichen Wagen der Bierkehrer-Linie heraus, wobei er niedergebissen wurde und sich Verletzungen im Gesichte zuzog.

„Mach dich hübsch,“ hatte er beim Fortgehen gesagt, „dich und den Jungen. Ich bin ja so hübsch genug; aber wenn die meinen Hochzeitsrad hervorzuholen willst —“

Ja, etwas Hochzeitliches hatte dieser Tag. Und was ihr seid Jahren nicht in den Sinn gekommen: sich selbst auf ihr Aussehen hin kritisch zu betrachten, das tat sie heute.

Dreißig Jahre! Trude trug den kleinen Spiegel in das hellste Sonnenlicht. Nun, die Augen blickten klar wie immer; weiß schimmerten die Zähne, und ein bräunliches, gesundes Rot färbte Stirn und Wangen. Ein kleiner feinkrautiger Strich über die Stirn — ja, das war wohl die Falte, die von dem Stirnrunzeln geblieben war. Jeremias durfte sich nicht darüber beklagen; es war ein Zeugnis seiner trüben, hoffnungslosen Stunden. Auch nicht über die feinen Linien, die sich um den Mund zogen und das Kinn energisch heraustreten ließen, — ihr Wille war auch für ihn tätig gewesen. Fast wäre sie in ein tiefes Nachdenken geraten.

Aber der kleine Jeremi erinnerte an seine neuen Samthosen, an die blanken Stulpenstiefel und den Matrosenträger: „Mach mich hübsch, Mutter. Dich auch.“

Sie tat's nach Kräften, soweit ihr bescheidener Kleidervorrat dies erlaubte. In einem vergebessenen Karton fand sich noch manche hübsche Kleinigkeit aus einer besseren Zeit. Ein weißer Spitzenkragen, Armbänder und ein golddurchwirkter Gürtel.

(Fortsetzung folgt.)

## Kleine Chronik.

**51 Todesopfer der Eisenbahnkatastrophe bei Raffel.** Wie der „Hannoversche Anzeiger“ meldet, sind in den Göttinger Kliniken gestern nachts weitere drei Schwerverletzte der Kreisler Eisenbahnkatastrophe gestorben, womit sich die Gesamtzahl der Todesopfer auf 51 erhöht.

**Brand eines Hangars bei Bron.** Ein Brand zerstörte auf dem Flugfeld bei Bron einen Hangar, in dem sich etwa 30 Flugzeuge befanden. Der Sachschade wird auf zweieinhalb Millionen Francs beziffert.

**Das abnungslöse Fragment.** Eine französische Schriftstellerin, die in der Provinz lebt, Fräulein J. Bortron, hatte dem Pariser Theater Pro Catalan ihr dreiaktiges Stück „Der Schuster und der Bankier“ eingereicht. Das Stück wurde angenommen und einstudiert. Zur Premiere kam Fräulein Bortron nach Paris. Aber sie mußte etwas Seltsames erleben: nach dem zweiten Akt war das Stück aus; das Publikum kostete Beifall, der eiserne Vorhang senkte sich, und alles ging nach Hause. „Wo bleibt mein dritter Akt?“ schrie Fräulein Bortron den Direktor an. „Welcher dritte Akt?“ fragte der Direktor erstaunt. Es stellte sich heraus, daß die Dichterin, als sie das Stück einbandte, den dritten Akt, der besonders gefestigt war, nicht mitgeschickt hatte; er lag noch zu Hause im Kasten. Der Direktor, die Schauspieler, das Publikum und die Kritik hatten gelunden, das dreiaktige Stück sei ausgezeichnet. Und Fräulein Bortron ließ ihren dritten Akt im Kasten.

**Die alt ist der Vogel.** Auf den ersten Blick scheint es nicht immer möglich, zwischen alten Vögeln und jungen zu unterscheiden. Aber für den Kenner ist es ganz einfach. Die Hauptmerkmale sind Kopf und Füße. Bei den jungen Vögeln sind diese viel größer als sie im Verhältnis zum Körper sein sollten. Man höre auf die Laute, die die Krähen ausstoßen, wenn man ihr Alter erkennen will. Die Läne der jungen Vögel sind viel höher als die der Eltern. Junge Krähen sind in ihrem Flug unbeholfen und schwanken in der Luft, wie wenn sie noch nicht ganz sicher wären. Liegen alte und junge Vögel zusammen, dann geben die älteren stets den Ton an. Junge Stare sind von schmutziggelber Farbe und haben nicht die funkelnden Lichter der älteren Tiere im Gefieder. Die Holztaube hat, wenn sie ausgewachsen ist, einen weißen Ring um den Hals. Die Jungen, die im Herbst aufzuweisen, und die Farbe der Füße wandelt sich von einem dunklen Rot zu einem leuchtenden Rot. Junge Sperlinge unterscheiden man durch den Schwanz, der stumpf und kurz ist; sie fliegen unsicher und wenn sie sich auf einem Zweig niederlassen, so wird es ihnen schwer, das Gleichgewicht zu halten. Die Federn der jungen Rebhühner sind spitz, die der älteren Tiere gerundet. Ihre Beine sind gelb, und der Schnabel ist noch weich. So gibt es bei allen Vögeln Merkmale, die auf ihr Alter schließen lassen.

**Wiederherstellung der Artemis-Phigalien-Gruppe in Kopenhagen.** Im Jahrbuch der Ny-Carlsberg-Glyptothek gibt Professor J. Studniczka einen Bericht über seine Wiederherstellung der Artemis-Phigalien-Gruppe in der Glyptothek in Kopenhagen. Im Gebiet der Salustischen Gärten in Rom wurden in den Achtzigern Jahre neue Straßen angelegt, und dabei fanden sich in den Ruinen von Palastanlagen zwei weibliche Torso; diese kamen in die Ny-Carlsberg Glyptothek. Hier wies Professor Studniczka ihre Zusammengehörigkeit nach; er erkannte auch die Notwendigkeit weiterer Nachforschungen und führte diese in mehreren Grabungen durch, so daß der größte Teil der Reste wieder zusammengefunden und in langer, mühsamer Arbeit wieder zusammengesetzt, so die ganze Gruppe aus Gipsabgüssen mit den nötigen Ergänzungen wiederhergestellt werden konnte. Man erinnere sich des Vorgangs aus der Sage vom Jag der Griechen nach Troja, wie Phigalien, zur Ruhe für einen Jagdtravol ihres Vaters Agamemnon der Artemis geopfert werden soll, die Göttin aber Stelle der Jungfrau eine Hindin herbeiführt und Phigalien ins Taureland entführt. Die Handlung der Gruppe ist in die lebhaft bewegten Gestalten der Göttin, der Königstochter und des Dirkes zusammengesogen. Artemis, kraftvoll heransichernd, zwingt mit der Rechten den aufspringenden Fels zum Stehen, während sie mit der anderen Hand die halb zu Boden gesunkene Jungfrau zur Seite reißt. Studniczka vermutet, daß das Aussehen auf dem letzten Drittel des vierlen Jahrhunderts v. Chr. stammt. Es ist nach Rom verschleppt, in hadrianischer Zeit an seinem Fundort, dem Ende eines gewölbten Ganges aufgestellt, und später im Beginn des Mittelalters mutwillig zerstört worden. Die leider verlorenen Köpfe wurden für den Wiederaufbau durch solche von anderen Skulpturen ersetzt.

**Eine amerikanische Rosenstadt.** Amerika ist mit Erfolg bemüht, in der Rosenkultur mit dem Orient, der diese bisher als seine Eigenart betrieb, in reichem Wettbewerb zu treten. Ehedem war die Zucht und Verarbeitung der Königin der Blumen ein Privilegium der Balkanstaaten und Kleinasiens. Heute hält darin eine amerikanische Stadt, die eben deshalb die „Rosenstadt“ genannt wird, den Weltrekord. Es handelt sich um die Stadt Portland im Staate Oregon, die ohnehin von der Natur in überschwenglicher Weise mit Reizen bedacht ist. Sie hat ein wohlberühmtes Klima und die Gärten der umliegenden Berge sind wahre Zaubergeräten; aber kein eigentlicher Ruf verdankt Portland doch in erster Reihe der Königin der Blumen. Die Rosenkultur ist für die Bewohner fast ein Kult geworden, und der bewährteste Bürger wetteifert mit dem Reichsten um den Preis, die seltensten Exemplare zu züchten. Alljährlich wird hier das Fest der Rosen gefeiert, das drei Tage dauert, und zu dem aus allen Teilen Amerikas Besucher herziehen, um die schönsten Rosenwunder zu sehen.

**Der Kampf um den Faren.** Wiederholt schon hat sich die türkische Nationalversammlung mit Anträgen beschäftigt, die auf die Einführung der obligatorischen Doppelsteuer abzielen. Salih Sobja, der der Wortführer dieser Bewegung ist, zählt zu seinen Anhängern alle diejenigen, die das Verschwinden des Faren in der Türkei beklagen. Schon fünfmal hat er seinen Gesetzentwurf bei der Nationalversammlung eingebracht, die ihn aber regelmäßig abgelehnt hat. Um für den Antrag außerhalb des Parlaments Freunde zu werden und einflussreiche Persönlichkeiten dafür zu gewinnen, hat man jetzt eine umfangreiche Propagandatätigkeit ins Werk gesetzt. Gegenwärtig dieses Gesetzes sind vor allem auch die Gattinnen der angesehensten Paschas, die ihren Männern streng verboten haben, diesen Salih Sobja zu empfangen. Die Regierung ihrerseits hat zur Bekämpfung des Antrags eine Statistik veröffentlicht, die eine Bevölkerung von 5.473.000 Männern und 6.171.000 Frauen für die Türkei ausweist, eine Feststellung, die erweisen soll, daß ein Gesetz zur Einführung der obligatorischen Doppelsteuer durch soziale Gründe nicht geführt zu werden vermag.

## Volkswirtschaft und Sozialpolitik

**Eine böswillige Verkünderin der Genossenschaften.** Der Warnsdorfer christlichsozialen „Volkzeitung“ ist die Genossenschaftsbewegung ein Dorn im Auge. Insbesondere haben es ihr die genossenschaftlichen Warenhäuser angefallen, welche seit einiger Zeit in einer Reihe von Städten des deutschen Gebietes Böhmens errichtet wurden und die imstande sind, die private Konkurrenz zu schlagen. In seiner ohnmächtigen Wut wagt natürlich das kirchliche Blatt, das es den Arbeitern mißgönnt, wenn sie sich auf genossenschaftliche Art verhalten, nichts zu sagen und behauptet daher, daß das genossenschaftliche Warenhaus in Jaskana „hohe staatliche Subventionen“ bekomme. Davon kann natürlich gar keine Rede sein, die genossenschaftlichen Warenhäuser sind einzig und allein auf die Kraft der deutschen Arbeiterschaft gegründet und die Verkünderin, die da über unsere Genossenschaftsbewegung von dem gewissenlosen christlichsozialen Blatte in Umlauf gesetzt werden, zeigen nur die Arbeiterfeindschaft der sogenannten guten Christen, die in Wut geraten, wenn ein paar Privatkapitalisten kein Geschäft machen.

**Die größte genossenschaftliche Einrichtung der Welt.** Die Cooperative Wholesale Society (C. W. S.), die Großverkaufsgesellschaft der englischen Genossenschaften, ist die größte genossenschaftliche Einrichtung der Welt. Die ihr angeschlossenen Genossenschaften haben eine Mitgliederzahl von drei bis vier Millionen, mit Familien elf Millionen, und machen einen beträchtlichen Teil der englischen Bevölkerung aus. Die C. W. S. wird im nächsten Jahre ihr sechzigjähriges Bestehen feiern können. Die Tätigkeit der Großverkaufsgesellschaft ist außerordentlich mannigfaltig; außer der Verteilung der von ihr im großen eingekauften Waren unter die Mitglieder genossenschaftlicher Vereine über ein ausgedehntes Banknetz, Versicherungsabteilungen, landwirtschaftliche und Industriebetriebe. Letztere stehen mit der Versorgung mit Lebensmitteln, Bekleidung und Haushaltsgegenständen in Zusammenhang. Es gibt kaum einen Artikel aus diesen Warengruppen, der nicht in den eigenen Betrieben hergestellt werden könnte. Eine Zusammenstellung von G. F. Mills zählt 112 Industriebetriebe, sämtlich im Besitz der C. W. S. auf, darunter 14 Fabriken für Konfektionsartikel, 8 Schuhfabriken, 8 Getreidemöhlen, vier Möbelfabriken usw. Sie besitzt auch vier Großdampfer, außerdem Landgüter und Plantagen in England und in den Kolonien, so u. a. Teeplantagen in Ceylon, Südbindien und Assam von ungefähr 25.000 Hektar, und Einkaufsstellen in verschiedenen Ländern. Sie beschäftigt 44.000 Angestellte und Arbeiter. Die Kriegszeit und die darauf folgende Konjunktur haben einen riesigen Aufschwung der C. W. S. zustande gebracht. Die darauf folgende Krise hat sie zwar stark in Mitleidenschaft gezogen, sie hatte infolge des Preissturzes beträchtliche Verluste, die jedoch glatt abgeschrieben werden konnten. Die Mitgliederzahl ist auch während der Krisenperiode gewachsen. Gegenüber 1913 war der Aufschwung Ende 1922 ungeheuer groß; die Mitgliederzahl erhöhte sich um 1.222.000, d. h. 58,7 Proz.; die geläufigen Verkäufe um 34 Mill. Pfund, d. h. 110 Proz., der Wert der erzeugten Waren um 12 Mill. Pfund, d. h. 157 Proz., der Umsatz der Genossenschaftsbank um 393 Mill. Pfund, d. h. 292 Proz., das Aktienkapital um ungefähr 3 Mill. Pfund, d. h. 124 Proz. Die Leitung der C. W. S. geschieht auf der Grundlage einer demokratischen Selbstverwaltung. Der Vorstand — 32 Mitglieder — wird durch die Vertreter der angeschlossenen Genossenschaften auf zwei Jahre gewählt und ist der Generalversammlung, einer Körperschaft, welche ihrerseits von der Generalversammlung der angeschlossenen Genossenschaften gewählt wird, verantwortlich. Die Direktoren dürfen neu gewählt werden. Eine jede Genossenschaft ist befugt, der C. W. S. beizutreten. Die Höhe der zu verteilenden Dividenden ist begrenzt, und der Ueberschuß wird entweder der angeschlossenen Genossenschaften nach Maßgabe ihrer Einkäufe verteilt oder aber zur Stärkung des Reservefonds abgeführt.

**Die zusammengetragene Deutsche Bank** hielt am 1. August in Reichenberg ihre Hauptversammlung ab, in der bei einer Bilanzsumme von etwa 37,6 Millionen Kronen ein Verlust von 8 Millionen Kronen festgestellt wurde. Sämtliche Mitglieder des Verwaltungsrates und Aufsichtsrates

haben ihr Amt niedergelegt, worauf die Neuwahlen in diese beiden Verwaltungskörper stattfanden, ohne daß dem alten Verwaltungsrat die Entlastung erteilt worden wäre. In der Generalversammlung kam eine solche grenzenlose Mißwirtschaft dieser Bank, an der sich insbesondere deutschnationale und Gewerbetreibende beteiligen, an die Oberfläche, daß darüber noch ausführlicher zu reden sein wird.

**Fünfundzwanzigjährige Gründungsfeier der belgischen Gewerkschaftskommission.** Die fünf- undzwanzigjährige Gründungsfeier, welche die belgische Gewerkschaftskommission am 29. Juli in Brüssel beging, gestaltete sich zu einer gewaltigen Kundgebung. Aus allen Teilen des Landes waren Abordnungen eingetroffen, die zusammen mit der organisierten Arbeiterschaft der Hauptstadt in zwei schier endlosen Zügen durch die Straßen der Stadt zogen. Zahllose Fahnen und Tafeln wurden mitgeführt, darunter eine mit der ebenso kurzen wie erschöpfenden Aufschrift: Commission Syndicale 1898: 13.272 Mitglieder; 1923: 618.871 Mitglieder. Am Abend des 28. Juli hatte die belgische Gewerkschaftskommission im Maison du Peuple eine künstlerische Feier veranstaltet, bei welcher Genosse Mertens den Begründern der Gewerkschaftskommission eine Erinnerungsmedaille überreichte. Für den Internationalen Gewerkschaftsbund überbrachte dessen Sekretär Du Degeest Grüße und Glückwünsche. Der Gründungsfeier war der 22. Jahreskongreß vorausgegangen, der unter anderem an die Arbeiterschaft den Appell richtete, jeden Versuch zur Rückgängigmachung des Achtstundentages zu bekämpfen und sich für dessen allgemeine Anwendung bei allen Arbeiterkategorien, insbesondere auch bei den Staatsarbeitern einzusetzen.

**Eine sonderbare Schiedskommissionsentscheidung.** Die geeignet ist, die Immunität der Betriebsausschüsse illusorisch zu machen, hat die Reutischer Schiedskommission gefällig. Vorsitzender dieser Kommission ist Herr O.-G.-R. Dr. Hermann, unter dem bereits wiederholt Entscheidungen gefällt wurden, in denen das B.-A.-G. sehr oberflächlich ausgelegt wurde. Wenn sich diese Praxis bei unseren Gerichten einbürgern sollte, ist es mit dem Schutze der Betriebsausschüsse aus, weßhalb wir den Fall auch der Offenheit zur Beurteilung unterbreiten wollen. Bei der Firma Hüdel war der Arbeiter G. durch 21 Jahre, zuletzt als Vorarbeiter beschäftigt. Bei der ersten Wahl des Betriebsausschusses wurde er als Ersatzmann gewählt. Im Vorjahre wurde er nun wegen Arbeitsmangel auf unbestimmte Zeit beurlaubt, mit der ausdrücklichen Zusicherung der Firma, ihn bei besserer Konjunktur wieder einzustellen. Im Frühjahr dieses Jahres wurde G. wieder in den Betriebsausschuß landibiert. Bisher wurde jedoch bei der Firma angefragt, ob sie gegen die Wahl beurlaubter Personen etwas einzuwenden habe, was in diesem Falle verneint wurde. Nun ist G. bereits neun Monate beurlaubt und bezieht staatliche Arbeitslosenunterstützung. Mittlerweile hat aber die Firma einen anderen Arbeiter aus einer anderen Abteilung des Betriebes auf den Arbeitsplatz des G. abgerichtet und an Stelle dieses einen neuen Arbeiter angenommen. Das veranlaßte den Betriebsausschuß an die Firma das Ersuchen zu stellen, sich über die Wiedereinstellung des G. zu äußern. Der Vertreter der Firma antwortete in der Sitzung des Betriebsausschusses, daß es der Firma gar nicht einfallt, G. wieder einzustellen. Der Betriebsausschuß mußte die Sache daher als eine Entlassung auffassen und brachte die Klage ein. Bei der Verhandlung erklärte aber der Sekretär des Industriellenverbandes als Vertreter der Firma, die Klage sei gegenstandslos, da die Firma nicht daran denke, G. zu entlassen und fügte mit einem gewissen Hohne bei, daß arbeitslose Mitglieder des Betriebsausschusses mehr Zeit zur Vertretung ihrer Mitarbeiter haben, was ihm ja recht sein solle. Gegenüber dieser Verhöhnung fand der Richter leider kein Wort der Zurückweisung. Nachträglich gab der Vertreter jedoch auch die Hinaussetzung oder Aushungerungspflicht der Firma zu, da G. angeblich ein minderwertiger Arbeiter sei, was bei dem Umstande, daß er vor 21 Jahren anstandslos gearbeitet und von der Firma zum Vorarbeiter bestellt wurde sonderbar anmutet, wenn man außerdem noch bedenkt, daß an seine Stelle ein

## Wetterberichte

der Staatssanktion für Meteorologie in Prag.

3. August 1923 morgens	Schneehöhe auf 1000m	Temperatur in °C	Windrichtung und Stärke (0-12)	Wetter	Temperatur nachts in °C	Rel. Feuchtigk. in %
Prag	785	14	SSO	heiter	0	20
Brünn	785	15	W	1/2 bed.	0	25
Rechnitz (Böhmen)	748	12	N	bedekt	2	14
Stornoway (Island)	763	13	W	bedekt	0	13
Balearia (Island)	751	14	S	bedekt	1	13
London	759	16	NW	1/2 bed.	1	15
Ulfre (Norwegen)	761	17	SW	bedekt	1	21
Stockholm	761	17	SW	bedekt	1	21
Danzig	765	17	W	heiter	0	20
Warschau	766	15	W	1/2 bed.	0	20
Paris	765	19	SO	1/2 bed.	0	28
Berlin	766	16	—	1/2 bed.	0	23
Wien	737	20	—	heiter	6	—
Belgrad	768	20	SO	bedekt	2	—
Budapest	768	21	NO	1/2 bed.	0	—
Atten	761	30	NO	heiter	0	—

Höhenstationen (Aufsicht über Beobachtung):  
 Pannenberg 840 m 093 17 SW 1/2 bed. 0 20  
 Pannetoppe 1610 m 082 10 SW 1/2 bed. 0 10  
 Jugspitze 2960 m 585 6 SW 1/2 bed. 0 10

ungelehrter Arbeiter gestellt wurde. Der Richter schloß sich dieser Anschauung an, da nach den Versicherungen der Firmarepräsentanten keine formelle Entlassung vorliege und sie an Stelle des beurlaubten keine Neuaufnahme vorgenommen hat. Daß der Arbeiter an Stelle des G. aus einer anderen Abteilung kam und dort an dessen Stelle einer aufgenommen wurde, erklärte er als irrelevant. Mit irgend welchen materiellen Forderungen wird der Kläger an die ordentlichen Gerichte gewiesen. Wenn diese Spruchpraxis bei unseren Gerichten Eingang finden sollte, dann ist es mit der Gültigkeit des Betriebsausschüsse-Gesetzes überhaupt vorbei und die Unternehmer haben es leicht, jeden mißliebigen Betriebsausschuß auf diese bequeme Art kostenlos zu beseitigen. Man beurlaubt ihn einfach auf unbestimmte Zeit, vielleicht auf zehn Jahre ohne jede Entschädigung und wenn er nicht hungern will, wird er schon vorher selbst gehen. Die dumme Kündigungsfornel mit dem lästigen Einholen der Zustimmung der Schiedskommission wird dabei überflüssig. Das Kapital findet überall willige Richter, die ein zum Schutze der Arbeiter geschaffenes Gesetz anders auslegen können.

## Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:  
 Zürich . . . . . Schw. Frank 16.40/00  
 Berlin . . . . . Mark 33350/00  
 Wien . . . . . österr. Kr. 2065/00

## Prager Kurse am 3. August.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden . . . . .	1350/00	1354/00
10.000 Mark . . . . .	0.28/25	0.28/75
100 belg. Franks . . . . .	159.25/00	160.75/00
100 schweiz. Franks . . . . .	614.75/00	617.25/00
1 Pfund Sterling . . . . .	155.87/50	156.87/50
100 Lire . . . . .	148.75/00	150.25/00
1 Dollar . . . . .	34.05/00	34.45/00
100 franz. Franks . . . . .	198.00/00	199.50/00
100 Dinar . . . . .	36.00/00	36.50/00
10.000 ungar. Kronen . . . . .	19.50/00	21.50/00
10.000 poln. Mark . . . . .	1.30/25	1.40/75
10.000 österr. Kronen . . . . .	4.67/50	5.17/50

## Zürcher Schlusskurse am 3. August.

	Geld	Ware
Paris . . . . .	32.25/00	32.40/00
London . . . . .	25.57/00	25.59/50
Berlin . . . . .	0.00.04/50	0.00.05/00
Kaisl. . . . .	24.15/00	24.25/00
Holland . . . . .	220.00/00	220/50
Wien . . . . .	0.00.78/50	0.00.79/00
Budapest . . . . .	0.02/00	0.02/75
Prag . . . . .	16.35/00	16.45/00
New York . . . . .	5.59/00	5.60/00
Belgrad . . . . .	5.85/00	6.05/00
Warschau . . . . .	0.00.22/50	0.00.27/50

## Aus der Partei.

**Bezirkskonferenz Bensen.** Sonntag, den 19. August findet um 2 Uhr nachmittags im Vereinszimmer „Schwarzes Roth“ in Bensen die gongjährige Bezirkskonferenz statt. Tagesordnung: Berichte, Neuwahl und Parteielangelegenheiten.  
**Bezirkskonferenz Dux.** Sonntag, den 19. August findet um 8 Uhr vormittags im Goshaus zum „Rudolf“ in Dux die gongjährige Bezirkskonferenz mit folgender Tagesordnung statt: Berichte, Die Gemeindevorstände, Neuwahl der Bezirksvertretung und Verschiedenes.  
 Spendenausweis: Mai-Spende, zweiter Ausweis: Bez.-Org. Warnsdorf 1161 K. B.-C.

**Kuh & Kretsch**  
 Likörfabrik 1476  
**Teplitz-Schönau.**

**Lebensversicherungsgesellschaft „Phoenix“**  
 in Wien  
 schließt vorteilhaft alle Arten von  
**Lebensversicherungen**  
 insbesondere Versicherungen ohne ärztliche Untersuchung bis zu K 10.000 mit sofortiger — auch für den Kriegsfall — unelingschränkter Gültigkeit ab.  
 Vertreter werden zu günstigen Bedingungen angestellt.  
 Anfragen, Angebote u. dgl. sind zu richten an das Filialbüro für Groß-Prag, 1363 Prag II., Václavské nm. 47.

**Biliger Befestoff**  
**Verbandstoff-Werke**  
 Telefon Nr. 851/IV. Teplitz-Schönau Telefon Nr. 851/IV.  
 liefern zu konkurrenzlos billigen Preisen sämtliche  
**Verbandstoffe, Verbandwatten, chirurgische Gummwaren und medizinische Pflaster.**  
 1527  
 Teplitz-Schönau, Theresienstraße 16.

Teplitz (2. Rate) 2882.40 K. B.-C. Brüx (2. Rate) 136.80 K. B.-C. Reibitz 41 K. B.-C. Reubet (2. Rate) 80 K. B.-C. Reichenberg 1000 K. B.-C. Dobruza 184 K. B.-C. Gaida 250 K. Lokal-Org. Pilsen 136 K. B.-C. Postelberg 30 K. B.-C. Ronspera 543.44 K. B.-C. Neuern 190 K. B.-C. Tachau 466.30 K. B.-C. Freiwaldbau 90 K. B.-C. Bergreichenstein 140 K. B.-C. Bodenbach (2. Rate) 1585.27 K. B.-C. Raaben 283 K. B.-C. Saaz 1500 K. B.-C. Brüx (3. Rate) 91.20 K. B.-C. Eger 1491 K. B.-C. Bilin 794.80 K. B.-C. Brünn (2. Rate) 221 K. B.-C. Mäh 200 K. B.-C. Kuffig (Stadt) 2529 K. B.-C. Schludena 106 K. B.-C. Teplitz (3. Rate) 931.90 K. B.-C. Bensen 320.40 K. B.-C. Teplitz (4. Rate) 41.20 K. B.-C. Friedland 50 K. B.-C. Sternberg 460 K. B.-C. Reichenberg (2. Rate) 923.07 K. B.-C. Bodenbach (3. Rate) 148.40 K. B.-C. Karlsbad (2. Rate) 387.20 K. — Preßfonds markten, zweiter Ausweis: Bez.-Org. Brüx 812 K. R.-D. Brünn (2. Rate) 550 K. B.-D. Prag (2. Rate) 1000 K. R.-D. Trautenau (2. Rate) 1000 K. R.-D. Reichenberg (2. Rate) 1000 K. R.-D. Warnsdorf 2000 K. B.-D. Ramin 360 K. R.-D. Bodenbach (2. Rate) 500 K. B.-D. Leipa 500 K. B.-D. Ramin (2. Rate) 1960 K. B.-D. Gaida 1568 K. R.-D. Kuffig 3000 K. R.-D. Karlsbad 4000 K. R.-D. Troppau 3000 K. R.-D. Wies 1728 K.

## Jugendbewegung.

**Kreisbesprechung Troppau.** Auf der am letzten Sonntag im Arbeiterheim in Troppau stattgefundenen Kreisbesprechung erstattete nach Abgabe der Berichte Genosse Paul (Teplitz-Schönau) ein ausführliches Referat über den Hamburger Einigungskongreß. Genosse Paul sprach dann weiter über die Festkultur in den Jugendorganisationen. An die beiden Referate schloß sich eine lebhafte Debatte, bei der besonderes Augenmerk auf das Thema „Bildungswesen“ gerichtet wurde. Bei den vorgenommenen Wahlen wurde Genosse Lauger (Troppau) zum Kreisvertrauensmann gewählt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde noch beschlossen, am 8. und 9. September in Teplitz einen Kreisjugendtag zu veranstalten.

## Der Film.

**Die Sansjoui.** Der Film „Atlantis“, der trotz der Sommerhitze seine alte Zugkraft bewahrt zu haben scheint, ist ein merkwürdiges Schauspiel: prachtvolle Wüstensbilder, derentwegen sich schon allein der Besuch lohnt, und sonstig Naturaufnahmen, denen man die Welt von Poppe und Reinwand nur selten ansieht, wechseln ab mit einer Reihe von an Rißig gemahnen Szenen, bei denen in der Tat die nicht zu kurz kommen, für welche ein Film erst dann in Stracht kommt, wenn er der Jugend unzugänglich ist. Das leitende Motiv ist schon oft vorerit: das in ihrer Liebe verführerische Weib, dessen Laune aber in furchtbaren Maß umschlägt gegen jeden, der sich nicht willenlos ihrer Schönheit beugt. Die Königin von Atlantis, die über ein unzugängliches Märchenreich im Innern Afrikas schrankenlos gebietet und in ihrer Wüsteneinsamkeit mit den neuesten illustrierten Zeitschriften und Täuschelien mit gelangenen französischen Offizieren die Zeit so gut als möglich vertritt, bis sie einmal an den Unsterblichen gerät, wird von Stacia Rapietowaska darstellerisch vollendet gegeben; auch das Spiel ihrer Partner steht über dem Durchschnitt. —um—

Verleger: Dr. Lubmij Cech und Karl Cermak.  
 Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.  
 Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.  
 Für den Druck verantwortlich: O. Solih.

VII. Prager Herbstmesse vom 2.—9. Sept. 1923

**Glas- u. Steingut-Industrie**  
 OTTO LÖWY & Co.  
**Teplitz-Schönau**  
 Kanzlei Hansstraße 8 Telefon 331  
 liefert billigst sämtliche Hohl- und Profglaswaren und Flaschen.

**Warnung ! !**  
 Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei Ihrem Konsumvereln od. beim Kaufmann ausschließlich nur den bestbewährten Filogenlänger  
**KOH-I-NOOR**  
 Erste Prager Filogenlänger-Fabrik  
 Prag-Vrbovic Nr. 448/V. Tel. 7899.

**Insertieren Sie im Sozialdemokrat !**